Nr. 22 * 20. Jahrgang

Berlin, 1. Juni 1912

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Wahlrecht heraus!

Das Dreiklassenhaus hat den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Volksvertretung in Preußen abgelehnt, ja nicht einmal für das direkte und geheime Wahlrecht war eine Mehrheit zu haben. Die Junker fühlen sich unter dem gegenwärtigen Zustand so wohl, wie die Made im Speck. Die Dreiklassenschmach, welche die große Mehrheit des preußischen Volkes der politischen Ehrenrechte beraubt, gibt ihnen die Macht, die Gesetzgebung im Sinne ihrer egoistischen Sonderwünsche zu gestalten. Dadurch, daß das herrsch- und habsüchtige Junkertum Preußen beherrscht und sich dessen Regierung gefügig gemacht hat, ist es imstande, die Geschicke ganz Deutschlands zu beeinflussen. Daraus ergibt sich die ungeheure Bedeutung der preußischen Wahlrechtsfrage. Ganz Deutschland ist daran interessiert, daß der unheilvolle Einfluß des ostelbischen Junkertums gebrochen wird. Erst, wenn die kleine, aber mächtige Junkerpartei ihrer angemaßten Macht entkleidet ist, erst dann ist der Weg frei für den wahren Fortschritt in Deutschland.

Die Konservativen wissen, was für sie auf dem Spiele steht, deshalb wehren sie sich mit Klauen und Zähnen gegen die geringste Verbesserung des Wahlrechtes. Diese Triarier Seiner Majestät pfeifen auf die Worte ihres Königs, wenn dieser Gedanken ausspricht, die nicht mit ihren Interessen harmonieren. „Es ist Mein Wille", hat der König von Preußen, Wilhelm II., am 20. Oktober 1908 feierlich verkündet, „daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwickelung erfahren. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart." Seither sind 3½ Jahre verflossen, aber dieses Wort des Königs ist noch nicht eingelöst! Ja, mehr als das, die Minister des Königs dürfen es wagen, dem Worte ihres Herrn eine solche Verachtung entgegenzubringen, daß sie der Beratung des Wahlrechtsantrages, die am 20. Mai auf der Tagesordnung des Landtages stand, demonstrativ fernbleiben konnten. Mehr als das Wort des Herrschers gilt das Wort der Junker in Preußen. Der ungekrönte König von Preußen, der Junker v. Heydebrand und der Lasa ist der wahre Machthaber, wenn er spricht, hat alles zu schweigen, und er und seine Sippschaft wollen von einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechtes nichts wissen.

Die Macht und der Hochmut des Junkertums wären längst auch in Preußen gebrochen, wenn das Bürgertum den ernsten Willen hätte, mit ihm fertig zu werden. Aber hier liegt gerade der Haken. Das Bürgertum in Deutschland ist schwach und feige geworden; aufrechte Charakter sind in seinen Reihen so selten wie weiße Raben. Aus Angst vor dem vormärtsstrebenden Proletariat flieht es unter den Schutz der Junker, denen es demütig die Stiefel küßt. Die Fortschrittliche Volkspartei hat allerdings den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechtes eingebracht. Man muß sich aber hüten, dieser Partei eine zu große Bedeutung beizumessen. Ob die Fortschrittler einen solchen Antrag auch dann gestellt hätten, wenn Aussicht auf seine Annahme bestände, ist recht zweifelhaft. Hat sich doch auch diese Partei dort, wo sie die Macht hat, nämlich in manchen Gemeinden, erfolgreich um die Verschlechterung des Wahlrechtes bemüht. Die Nationalliberalen machen aus ihrer Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht kein Hehl; sie wollen Vorrechte für den Geldsack, aber das geheime und direkte Wahlrecht wollen sie bewilligen. Das Zentrum steht „theoretisch" auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Diesen „theoretischen" Standpunkt ist es seinem Arbeiteranhang schuldig; in der Praxis freilich ist es mit dem schmählichen Dreiklassenwahlrecht völlig einverstanden und es unterläßt nichts, um eine Verbesserung dieses Wahlrechtes zu hintertreiben. Offiziell wendet es sich nur gegen eine gerechte Einteilung der Wahlkreise. Daß die Konservativen an der ihnen so wohltätigen Ungerechtigkeit nicht rütteln lassen wollen, bedarf keiner Ausführung.

Schon bei der Beratung des reaktionären Monstrums, welches die Regierung als Einlösung des königlichen Versprechens dem Landtage vorgelegt hat, arbeiteten sich Konservative und Zentrum so geschickt in die Hände, daß nichts zustande kam; und als der Ministerpräsident am 27. Mai 1910 die Vorlage zurückzog, weinte diesem Wechselbalg kein Mensch eine Träne nach. Das gleiche Spiel in vergröberter Form spielten die Reaktionäre ein Jahr später, als am 27. Juni 1911 der fortschrittliche Wahlrechtsantrag zur Beratung stand, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes forderte. Die Nationalliberalen beantragten die Streichung des „gleichen" Wahlrechts. Die Konservativen jedoch, die jedes einzelne dieser Postulate auf das wütendste bekämpften, stimmten gegen den nationalliberalen Antrag, dessen Ablehnung sie damit erreichten. Dann aber stimmten sie mit den Nationalliberalen gegen den unveränderten Antrag, der natürlich abgelehnt wurde, so daß überhaupt nichts zustande kam.

Diesmal war durch die Formulierung der Anträge solcher konservativer Tücke vorgebeugt worden, deshalb fühlte sich das Zentrum gedrungen, für die bedrohte Reaktion in die Bresche zu springen. Nach dem Stärkeverhältnis der Parteien war eine sichere Mehrheit wenigstens für das direkte und geheime Wahlrecht vorhanden, trotzdem wurde dieser Antrag mit 188 gegen 158 Stimmen abgelehnt. Und woher dieses überraschende Ergebnis? Das Zentrum hat vor Beginn der Abstimmung eine so große Zahl seiner Mitglieder abkommandiert, daß die konservativen Wahlrechtsfeinde die Mehrheit erhielten. Diese Handlungsweise zeugt von einem solchen Tiefstande der politischen Moral, daß man sie nicht für möglich halten sollte. Aber bei dieser charakterlosen Partei ist eben alles möglich.

Mit der Annahme des Antrags, der nationalliberalen Wahlrechtswünschen entspricht, wäre dem Verlangen des Volkes selbst dann noch bei weitem nicht Rechnung getragen, wenn auch die Regierung diesem Antrage durch Einbringung einer entsprechenden Vorlage Folge gegeben hätte. Aber die Mehrheit des Landtages und mit ihr die Regierung will in der Wahlrechtsfrage auch nicht den geringsten Schritt vorwärts machen. Das preußische Volk soll in seiner Rechtlosigkeit erhalten bleiben. Und dieselben Leute, welche die preußische Schmach unantastbar aufrecht erhalten wollen, heucheln Entrüstung über die Rede, in welcher Scheidemann im Reichstag ausgesprochen hat, was ist. Ist es denn nicht wahr, daß die große Mehrheit des Volkes in Preußen Reichsangehörige zweiter Klasse sind? Sind nicht Bürger und Arbeiter in Preußen minderen Rechtes, verglichen mit der Bevölkerung Süddeutschlands, wo man die Dreiklassenschande nicht kennt?

Die bürgerlichen Parteien geben sich den Anschein, als seien sie durch Scheidemanns Worte auf das tiefste entrüstet, aber sie stellen sich dümmer als sie sind. Dem Sinne nach hat der sozialdemokratische Redner im wesentlichen nur den Gedanken des Deutschen Kaisers fortgesponnen. Dieser hat in Straßburg seiner Mißstimmung über die Beschlüsse der elsaß-lothringischen Volksvertretung Ausdruck gegeben und damit gedroht, daß er als Strafe dafür Elsaß-Lothringen preußisch machen wolle. Diesen Sinn der kaiserlichen Worte wollen wir uns durch das Geschrei der Hurrakanaille nicht verwischen lassen. Oder wagt es jemand zu behaupten, daß die Elsaß-Lothringer sich geehrt fühlen würden, wenn sie unter die preußische Knute gestellt, über ihre Interessen im Hause der Dreiklassenschande entschieden würde? Wie man über die Ehre denkt, zwangsweise der preußischen Monarchie angegliedert zu sein, darüber mag man sich bei der Bevölkerung der ehemals selbständigen deutschen Staaten erkundigen, deren Fürsten von Gottes Gnaden im Jahre 1866 in die Wüste geschickt wurden. Jene Herren waren gewiß keine Musterknaben, aber trotzdem seither fast ein halbes Jahrhundert verflossen ist, ist das Bewußtsein, „Mußpreuße" zu sein, in den fraglichen Gebieten noch sehr lebendig.

Es ist eine bodenlose Verleumdung, wenn den Sozialdemokraten vorgeworfen wird, sie seien bemüht, ihr Heimatland verächtlich zu machen. Das Gegenteil ist richtig. Das Verhalten unserer Regierenden, das schmachvolle Benehmen des Parlaments, dem die Wahrung der Ehre Preußens anvertraut ist, macht uns zum Gespött der Welt. Deshalb bekämpfen wir diese Einrichtungen und Zustände und darum sind wir bemüht, auch Preußen zum Range eines modernen Kulturstaates zu erheben. Mitunter gibt es Zeiten, in denen auch Gegner der Sozialdemokratie vom Ekel über die preußischen Zustände übermannt, der Wahrheit die Ehre geben. Es war der Zentrumsabgeordnete Giesberts, der seinen Gefühlen durch das wahre Wort Ausdruck gab: „Man muß sich schämen, ein Preuße zu sein!"

Seitdem dieses Wort gefallen ist, sind die Zustände nur noch schlimmer geworden. Nicht genug mit dem Spott und Hohn, mit welchem die sechs wirklichen Volksvertreter im Hause der Dreiklassenschande durch die Vertreter von „Bildung und Besitz" planmäßig überschüttet werden, man hat sogar Polizisten ins Parlament gerufen, um die Volksvertreter wider Gesetz und Recht aus dem Saal zu entfernen. Und der Schande wurde die Krone aufgesetzt durch den Beschluß, den Staatsanwalt gegen die Abgeordneten zu hetzen, die ihre Pflicht als Volksvertreter erfüllt haben. Sind die Machthaber wirklich der Meinung, durch ein derartiges Verhalten zur Erhöhung des Ansehens Preußens beigetragen zu haben? Glauben sie damit das Vertrauen der stärksten Partei in Preußen zu ihren Gewählten untergraben zu können? Das Gegenteil ist der Fall! Immer höher steigt der Zorn gegen die verrotteten Zustände in Preußen. Und wenn die Mehrheit des Dreiklassenhauses der Meinung ist, durch die Ablehnung der Wahlrechtsanträge ihre Privilegien sichern zu können, dann befinden sie sich in einem argen Wahn. Gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes kann man auch in Preußen auf die Dauer nicht regieren. Die jüngsten Vorgänge in den Parlamenten haben eine Erregung in den weitesten Volkskreisen wachgerufen, die so bald nicht zur Ruhe kommen wird. Landauf, landab erschallt der Ruf: Heraus mit dem Wahlrecht in Preußen! Immer lauter, immer dringender wird die Forderung erhoben und keine Ruhe wird es in Preußen geben, bis der Wille des Volkes erfüllt ist.

Der Einfluß der Teilarbeit auf die Organisation der Arbeiter in der Musikinstrumentenindustrie.

a. g. In den beteiligten Kollegenkreisen wird es sicher mit ganz besonderer Freude begrüßt werden, daß der Hauptvorstand nunmehr auch der Musikinstrumentenbranche größere Aufmerksamkeit zuwendet. In der von ihm herausgegebenen Broschüre: „Erhebungen über die Musikinstrumentenindustrie", deren eingehendes Studium allen Kollegen recht dringend ans Herz gelegt sei, wird mit Recht hervorgehoben, daß das Organisationsverhältnis in der Flügel- und Pianobranche besonders schlecht sei, trotzdem alle Vorbedingungen für eine gute Organisation vorhanden sind.

Wenn die Klavierarbeiter bisher der werbenden Kraft des Verbandes solchen hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt haben, müssen doch besondere Gründe vorliegen, die diese Tatsache erklären. Wollen wir die so überaus notwendige Organisierung der Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen mit Erfolg betreiben, ist es notwendig, die Verhältnisse in der Branche genau zu untersuchen.

In der Holzindustrie gibt es keine Unternehmergruppe, die so wie die Unternehmer in der Musikinstrumentenindustrie allen, auch den bescheidensten Ansprüchen der Arbeiter entgegentreten. Ist einmal eine kleine Verbesserung bewilligt, dann wird sie, wenn irgend möglich, bei passender Gelegenheit rückgängig gemacht. Die Klavierbranche bietet uns ein klassisches Beispiel dafür, wohin die Unternehmer ohne das Gegengewicht einer starken gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter kommen. Für die kapitalistische Produktionsmethode mit ihrem rücksichtslosen Konkurrenzkampf gibt es nur zwei Möglichkeiten die Verhältnisse von ihrem Standpunkte aus zu regeln. Entweder die Unternehmer schließen sich zu Kartellen zusammen und schröpfen die Konsumenten oder aber sie haben in der Gewerkschaft der Arbeiter einen starken Gegner, mit dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen, für alle Arbeitgeber der Branche vereinbart und festgelegt werden.

Der Anfang für die vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist auch schon in der Musikinstrumentenindustrie gemacht. Ueber die dabei erzielten Erfolge gibt die eingangs erwähnte Broschüre näheren Aufschluß. Die Anerkennung des Holzarbeiterverbandes wird sich auch bei der Gesamtheit der Musikindustriellen durchsetzen.

Immerhin sind zurzeit erst für einen Teil der Kollegen die errungenen Verbesserungen durch Verträge geschützt. Die Mehrzahl der Musikinstrumentenarbeiter führt einen fortgesetzten Kleinkrieg. Die Unternehmer, die seit Jahrzehnten erfolglos bemüht sind, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen oder doch wenigstens etwas einzudämmen, sind sich sofort einig, wenn es gilt, etwaigen Wünschen der Arbeiter entgegenzutreten. Dabei übersehen sie, daß durch die niedrigen Löhne die Schmutzkonkurrenz gerade gefördert wird.

Besonders lehrreich sind hierfür die Berliner Verhältnisse. Für Klaviere, die der Händler in seinem Magazin mit 600—700 Mk. verkauft, erhält der Hersteller (also der Fabrikant) im günstigsten Falle 300 Mk. Dazu wird der Betrag noch in den meisten Fällen mit langfristigen Wechseln bezahlt. Als im vorigen Jahr durch die Millionenpleite der Firma Hintze eine ganze Anzahl von Firmen

bankerott wurden, glaubte man in den beteiligten Kreisen, es werde besser werden. Eher ist heute das Gegenteil der Fall. Herr Hintze, dem man in einer Gläubigerversammlung die von ihm beantragten Unterhaltskosten in einem Sanatorium ablehnte, genießt heute als Mitinhaber der Firma C. H. Hintze u. Co., G. m. b. H., vollstes Vertrauen und betreibt schon seit langer Zeit recht umfangreiche Geschäfte. Dieser eine Fall ist typisch für die ungesunden Zustände in der Klavierbranche. Nun braucht uns der Konkurrenzkampf der Unternehmer nicht so besonders zu interessieren. Wir hätten keine Veranlassung, uns mit diesen Dingen zu beschäftigen, wenn dadurch nicht fortgesetzt die Lebenshaltung der Arbeiter heruntergedrückt würde.

Die Unternehmer versuchen, jedes Unterangebot im Preise der Produkte durch Ersparnisse am Arbeitslohn wieder auszugleichen. Als ein besonders beliebtes Mittel dient hierzu die Teilarbeit. Leider sind in vielen Fällen, bei Einführung neuer Maschinen und der dadurch bedingten weiteren Teilung der Produktion, Abzüge gemacht worden, die in gar keinem Verhältnis zu der von der Maschine geleisteten Arbeit standen. Allerdings haben in fast allen Fällen die Arbeiter den Ausfall durch größere Intensivität bei der Arbeit wieder ausgeglichen. Und das ist ja schließlich der Zweck der ganzen Uebung, den Arbeiter, wenn möglich, noch zu größerer Eile zu zwingen. Es bedarf keines besonderen Beweises, daß die Teilarbeit dem Unternehmer Vorteile bringt und den Organisationsgedanken der Arbeiter ganz wesentlich hemmt. Bei der Teilarbeit werden die Fachkenntnisse des einzelnen durch Geschicklichkeit ersetzt. Das einzelne Glied im Arbeitsprozeß kann leicht ersetzt werden. Es findet ein fortgesetzter Zuzug von berufsfremden Arbeitern statt, die der Organisation nur schwer zugeführt werden können.

Es ist sehr wohl zu verstehen, wenn angesichts solcher Verhältnisse die Kollegen zu dem Schluß kommen, daß, wenn es dem Verband nicht gelingt, die weitere Einführung der Teilarbeit zu verhindern, auch keine durchgreifende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden könne. Und doch ist diese Schlußfolgerung vollständig falsch, wie wir später sehen werden.

Die Teilarbeit in der Holzindustrie ist noch verhältnismäßig neu, in mehr oder minder hohem Maße treten die Begleitumstände auch in anderen Branchen zutage. Die Frage ist so wichtig, daß es notwendig ist, einmal die prinzipielle Seite zu untersuchen.

Die kapitalistische Produktionsmethode beruht auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Wir alle wissen, daß der Kapitalist die Arbeitskraft nicht zu ihrem vollen Wert bezahlt. Den Ueberschuß produzierter Werte behält er für sich. Es ist ohne weiteres klar, daß für ihn das Bedürfnis besteht, diesen Ueberschuß recht hoch zu gestalten.

Um dies zu erreichen, gibt es zwei Wege. Erstens die Verlängerung der Arbeitszeit und zweitens die Vervollkommnung der Technik. Der willkürlichen Verlängerung der Arbeitszeit wird mit der größeren Ausdehnung der Gewerkschaften ein erfolgreicher Widerstand geleistet. Ueberdies haben die Kapitalisten längst herausgefunden, daß die übermäßig lange Arbeitszeit den Arbeiter in den letzten Arbeitsstunden minderleistungsfähig macht. Die Mehrwertrate sinkt in den letzten Stunden, während die Unkosten für Beleuchtung, Heizung, Antriebskraft usw. dieselben bleiben. Es entstand die Frage, wie kann die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und damit die Ausbeutung derselben bei kürzerer Arbeitszeit gesteigert werden? Diese Möglichkeit wird erreicht durch die Verbesserung und Vereinfachung der Arbeitsmethode. Die Technik schafft fortgesetzt neue bessere Maschinen. Die Handarbeit wird in immer kleinere Teile zerlegt, alle zeitraubenden Umstände werden beseitigt und der Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit angespornt.

Die Entwickelung zur Teilarbeit findet ihre Erklärung in der kapitalistischen Produktionsmethode. Sie entspringt dem Bestreben, die menschliche Arbeitskraft restlos auszubeuten. Die Anwendung neuer komplizierter Maschinen in Verbindung mit der Teilarbeit setzt den Kapitalisten in den Stand, bei guter Geschäftskonjunktur schnell große Mengen fertiger Produkte auf den Markt zu werfen.

Der Verlauf der ökonomischen Entwickelung läßt sich nicht willkürlich bestimmen. Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß der Verband prinzipiell gegen die Einführung der Teilarbeit Stellung nehmen soll. Die Kollegen müssen vielmehr mit Hilfe des Verbandes die Schäden der Teilarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne von sich abwenden.

Da entsteht nun die Frage, ob das mit Aussicht auf Erfolg geschehen kann, wenn, wie wir oben gesehen haben, jedes Glied im Arbeitsprozeß mit Leichtigkeit ersetzt werden kann. Zunächst findet die Ersetzbarkeit ihre natürliche Grenze, sobald es sich nicht mehr um einzelne, sondern um die Gesamtzahl handelt. Die praktische Erfahrung lehrt uns, daß eine oder mehrere Branchen den ganzen Betrieb lahmlegen können, wenn es gelingt, den Zuzug fremder eingearbeiteter Arbeitskräfte fernzuhalten. Aber alle diese Erwägungen fallen fort, wenn die Musikinstrumentenarbeiter im allgemeinen und die Pianofortearbeiter mit ihren Spezialkollegen aus der Klaviatur- und Mechanikbranche im besonderen dem Verband ein größeres Interesse entgegenbringen. Mehr Vertrauen zu sich selbst und zum Verband muß in der Branche Platz greifen, dann wird es auch endlich vorwärtsgehen. Sobald der Verband, gestützt auf bessere Organisationsverhältnisse in der Branche, als Machtfaktor den Unternehmern gegenübertreten wird, werden diese wohl oder übel die schon seit Jahren fälligen Zugeständnisse machen müssen.

Die Jugend in der Arbeiterversicherung.

-e- Das Drängen der Arbeiterklasse auf höhere Wertung der menschlichen Arbeitskraft führte schließlich zu, wenn auch geringen, Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Etwas weitgehender sind die Einrichtungen, die den Arbeitern einige Vergünstigungen gewähren sollen für die Schäden, die sie durch die vom Kapital abhängige Stellung besonders erleiden. Den erwerbstätigen Volksschichten wird unter gewissen Voraussetzungen eine Unterstützung dann garantiert, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder hohes Alter in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind. In diese sogenannte Arbeiterversicherung sind auch die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge mit einbezogen worden.

Die Krankenversicherung ist die Einrichtung, die auch den Jugendlichen am weitesten Rechnung trägt und die daher das größte Interesse dieser jungen Arbeiter hervorruft. Versicherungspflichtig sind alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, gleichviel, ob sie gegen Entgelt beschäftigt werden oder ob sie nur den Unterhalt bekommen. Eine Ausnahme von dem Versicherungszwang ist nur für die Lehrlinge vorgesehen, die in Betrieben der Eltern beschäftigt sind. Diese Lehrlinge können von der Versicherungspflicht, auf einen besonderen Antrag hin, vom Kassenvorstand befreit werden. Sollte ein Vorstand einen solchen Antrag ablehnen, so entscheidet das Versicherungsamt endgültig. Ratsam ist es sicherlich nicht, wenn von einer derartigen Befreiung Gebrauch gemacht wird.

Ein Versicherungspflichtiger erlangt seine Mitgliedschaft in einer Kasse am Tage des Eintritts in eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Die Anmeldung hat innerhalb drei Tagen durch den Arbeitgeber zu erfolgen und ist dieser für etwa durch Unterlassung der Meldung entstehenden Schaden haftbar zu machen. Wenn ein Jugendlicher durch Besuch einer Schule usw. aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, so kann er doch Mitglied der Kasse bleiben. Er muß jedoch binnen einer Woche, nach Inkrafttreten der RVO. innerhalb drei Wochen, dem Vorstand davon Mitteilung machen. Anspruch auf eine Unterstützung für eine Krankheit, die während jener drei Wochen ausbricht, hat wie heute nur derjenige, der schon in der ersten Woche die notwendige Meldung bezüglich der Weiterversicherung gemacht hat. Wenn keinerlei Mitteilungen dem Kassenvorstande gemacht werden, so erlischt beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Stellung nach drei Wochen der Anspruch an die Kasse. Im anderen Falle bleibt der Jugendliche so lange Mitglied, als die Kasse zu Leistungen verpflichtet ist.

Als Kassenarten kommen für die Jugendlichen vornehmlich in Frage: allgemeine Ortskassen, Betriebskassen und Innungskassen. Ein direkter Einfluß auf die Kassenverwaltung ist den Jugendlichen nicht eingeräumt worden. Nur den volljährigen Mitgliedern der Kasse ist ein derartiges Recht zuerkannt. Die jungen Arbeiter sollten sich trotzdem um die Vorgänge in der Kasse bekümmern und ihre Beobachtungen bei der Behandlung durch die Aerzte und in Krankenhäusern usw. den älteren Kassenmitgliedern unterbreiten. Die Wünsche auf Aenderungen betreffs der Krankenhilfe dürften dann auch das nötige Gehör finden, wenn eine ruhige Begründung erfolgt. Auch die Jugendlichen müssen schon darauf bedacht sein, dem Selbstverwaltungsrecht der Versicherten die größte Stärkung zu verschaffen.

Die Mittel für die Krankenversicherung müssen von den Arbeitgebern und den Versicherten aufgebracht werden. Auf die Versicherungspflichtigen entfallen zwei Drittel und auf die Arbeitgeber ein Drittel der zu zahlenden Beiträge. Bei Innungskassen kann nach der RVO. auch durch Mehrheitsbeschluß festgesetzt werden, daß jeder Teil die Hälfte der Beiträge zu tragen hat. Voraussetzung für die Rechtsfähigkeit solches Beschlusses ist aber, daß sowohl die Mehrheit der Versicherten als auch der Arbeitgeber dafür ist. Die Höhe der Beiträge wird nach dem Lohn im Verhältnis zu den Leistungen der Kassen bemessen. Für die ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge wird ein entsprechend niedrigerer Beitrag erhoben. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt darüber, wie den einzelnen Arbeitgebern der Beitragsteil solcher Versicherungspflichtiger zu erstatten ist, deren Entgelt nur in Sachbezügen besteht.

Die Krankenhilfe besteht darin, daß in Krankheitsfällen vom Beginn der Krankheit an die Behandlung durch einen Arzt und die verordneten Arzneien, sowie Brillen, Bruchbänder und sonstige kleine Heilmittel gewährt werden. Bei Arbeitsunfähigkeit wird spätestens vom vierten Tage ab ein Krankengeld gezahlt, und zwar mindestens in halber Höhe des Grundlohnes. Diejenigen Lehrlinge, die ohne Entgelt beschäftigt werden, erhalten kein Krankengeld. An Stelle des Krankengeldes bezw. Lieferung von Arzneien kann die Kasse auch Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewähren. Wo es sich um ansteckende Krankheiten handelt, kann ohne weiteres eine Ueberführung in ein Krankenhaus stattfinden. Ebenso dann, wenn eine zweckentsprechende Pflege bei den Eltern oder dem Lehrherrn nicht zu erwarten ist. In besonderen Fällen kann auch ein Krankenpfleger in die Wohnung beordert werden.

Der Anspruch auf Krankenhilfe erlischt mit Ablauf der sechsundzwanzigsten Woche nach Beginn der Krankheit. Wenn aber das Krankengeld erst von einem späteren Tage ab bezogen worden ist, dann zählt die Frist von diesem Termin ab. Durch entsprechende Satzungen kann die einzelne Kasse die Krankenhilfe bis auf ein Jahr ausdehnen. Auch kann für Genesende besonders gesorgt werden. Ferner dürfen Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung nach beendigtem Heilverfahren zugebilligt werden, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen oder zu erhalten.

Der Unfallversicherung sind fast alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge im Holzgewerbe unterworfen. Die Fragen der Verwaltung scheiden hier sofort aus, weil nicht einmal den großjährigen Arbeitern eine Mitbestimmung zugesichert wurde. Die Jugendlichen können aber dadurch etwas tun, daß sie sich weigern, gefahrvolle Arbeiten zu übernehmen und daß sie bei der Gewerbeinspektion Anzeige erstatten lassen über den Mangel an Schutzvorrichtungen.

Die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften hat der Arbeitgeber allein zu zahlen, und ist damit der jugendliche Arbeiter und Lehrling gegen Schaden, der ihm durch Körperverletzung oder Tötung bei einem Unfall entsteht, versichert. Wenn der Verletzte sich den Unfall vorsätzlich oder durch Begehung eines Verbrechens selbst zugezogen hat, so kann der Schadensersatz ganz oder zum Teil versagt werden. Streitigkeiten über Ersatzansprüche werden im Spruchverfahren entschieden. — Wichtig ist es, sofort bei einem Unfall den Tatbestand durch Zeugen feststellen zu lassen und bei der Behörde und der Berufsgenossenschaft den Vorfall zu melden. Die Einleitung des Rentenfestsetzungsverfahrens kann dann eventuell hinterher eingeleitet werden.

Vom ersten Tage einer durch einen Unfall herbeigeführten Krankheit tritt eine Krankenbehandlung und im Falle der Arbeitsunfähigkeit in der Regel auch sofort ein Krankengeld von seiten der Krankenkasse ein. Nach Ablauf der vierten Woche muß ein Unfallzuschuß gewährt werden. Bei Ablauf der 13. Woche übernimmt die Unfallversicherung alle notwendigen Leistungen und sie muß eine Rente gewähren für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Tritt später eine Besserung ein, so wird eine Teilrente gezahlt. Die Berechnung der Rente erfolgt nach dem Jahresverdienst. Erreicht dieser nicht das Dreihundertfache des Ortslohnes für Erwachsene über 21 Jahren, so gilt das Dreihundertfache als Jahresverdienst. Für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge ist das scheinbar sehr nützlich, aber — mit dem zunehmenden Alter tritt keine höhere Berechnung ein! Nur für die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen ist mit der höheren Altersstufe auch eine Steigerung der Rente vorgesehen. — Bei der Kompliziertheit der Bestimmungen der Unfallversicherung raten wir dringend, sich stets sofort die Hilfe der Arbeitersekretariate und die der Lokalverwaltungen in Anspruch zu nehmen.

Das Gesetz, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betreffend, bestimmt, daß die Jugendlichen und Lehrlinge, die gegen Entgelt beschäftigt werden, vom vollendeten 16. Lebensjahre an der Versicherung unterworfen sind. Befreit vom Zwange sind diejenigen, denen nur freier Unterhalt gewährt wird. Da aber später die nach diesem Gesetz vorgesehenen Leistungen entsprechend den gezahlten Beiträgen berechnet werden, so empfiehlt es sich, von der Ausnahme keinen Gebrauch zu machen. Die Beiträge betragen pro Woche 16 Pf., die Hälfte davon hat der Arbeitgeber zu zahlen. Die Marken werden auf Karten geklebt und müssen entwertet werden. Wenn aus irgendeinem Grunde die Versicherungspflicht unterbrochen wird, so müssen die Jugendlichen — wie auch sonst — darauf achten, daß vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Ausstellungstage die Invalidenkarten umgetauscht werden. Die Anwartschaft auf irgendwelche Leistungen erlischt, wenn nicht während zweier Jahre wenigstens zwanzig Wochenbeiträge geklebt worden sind.

Die Versicherung erstreckt sich auf Invaliden- oder Altersrente, sowie Witwengeld und Waisenaussteuer. Für die Jugendlichen kommen diese Renten alle noch nicht direkt in Betracht, da ja erst eine lange Wartezeit durchgemacht werden muß. Bei der Invalidenrente aber dauert die Wartezeit, wenn für den Versicherten auf Grund der Versicherungspflicht mindestens hundert Beiträge geleistet worden sind, immerhin nur zweihundert Beitragswochen. Von großer Wichtigkeit für die Jugendlichen ist vor allem die Möglichkeit eines Heilverfahrens. Dieses kann eingeleitet werden, wenn infolge einer Erkrankung eine Invalidität droht. Anträge auf Einleitung des Heilverfahrens müssen bei den unteren Verwaltungsbehörden gestellt werden.

Eine dringende Pflicht ist es, in dem heranwachsenden Geschlecht ein größeres Interesse für die Arbeiterversicherung zu erwecken. Wird doch dieses berufen sein, den Kampf um eine wahrhafte Fürsorge energisch fortzusetzen.

Stimmen zum Verbandstage.

Recht sonderbare Ansichten vertritt der Kollege Kühn, Gotha, in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung". Sein Standpunkt, daß bei 54stündiger Arbeitszeit eine Einteilung von 2 × 5 und 4 × 11 Stunden einer gleichmäßig täglich 9 Stunden betragenden Arbeitszeit vorzuziehen sei, beweist, daß er sich über die Gründe, welche die Organisation veranlaßt, für Arbeitszeitverkürzung einzutreten, recht wenig im klaren ist. Wenn er sich sogar für den freien Montagvormittag ins Zeug legt, kommt schließlich bald ein anderer, der die 54 Stunden in einem Gange runterschuften will, damit er die übrige Zeit in der Woche frei hat, Reisen zu machen. Doch dies nur nebenbei.

Meines Erachtens liegt die Geschichte nicht so einfach, wie sie sich der Kollege Kühn vorstellt. Die tägliche Arbeitsperiode ist nicht die Erfindung eines geistreichen Kopfes, sondern liegt in der menschlichen Natur begründet. Der Arbeitsprozeß kann eben nur in der Weise vor sich gehen, daß nach einer bestimmten Zeit der Tätigkeit (des Kraft-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Dresden und Reif (Jea, Photographische Apparate), Driesen a. N. (Ziegler u. Comp.), Elmshorn (Nölln), Frankfurt a. M. (Adlerwerke, Mühlenbauanstalt Simon, Bühler u. Baumann), Freiberg i. S. (Kraitsch u. Ullmann), Fürstenwalde a. d. Spree (System Bureauindustrie), Fürth i. B. (Offenbacher), Gera, R. j. L. (Schlesiger, Herm. Gareis), Glogau (Mühlenbauanstalt Werker u. Werner), Görlitz (Waggonfabrik), Gr.-Zschachwitz (Trippner), Landsberg a. Lech, Langensalza, Schönlanke in Posen, Sensburg, Strehlen i. Schl., Varel in Oldenburg (Joh. Wiemken), Warmbrunn in Schl. (Graff. Schaffgotschsche Möbelfabrik), Weinheim (Schaab), Wolfratshausen (Lanzinger, Schallhamer), Linz a. Donau.

Modelltischlern nach Hannover, Frankfurt a. M., Hanau, Offenbach.

Klaviermachern nach Brüssel (Pianofabrik Günther).

Drechslern nach Agnetendorf i. Schlesien, Dresden und Reif (Jea), Driesen a. d. N. (Ziegler u. Comp.), Schönlanke in Posen, Zirndorf bei Fürth i. B. (Popp).

Polierern nach Dresden und Reif (Jea), Fürth i. B. (Offenbacher), Hamburg (Pianofortefabrik Steinway u. Sons).

Parkettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkettgeschäfte, Uhlandstraße).

Stuhlmachern nach Brand (Erzgebirgische Holzindustrie A.-G.).

Stockarbeitern nach Wald i. Rheinland.

Korbmachern nach Radebeul bei Dresden (Peter und Siegmann), Schöningen (Thiemer), Montreux.

Stellmachern nach Berlin, Fechenheim, Frankfurt a. M., Görlitz (Waggonfabrik), Pankow bei Berlin (Wienecke Nachf.), Chur.

Vergoldern, Grundierern, Verzierern und Farbigmachern nach Ober-Arnsdorf bei Haida in Niederböhmen.

Holzwarenarbeitern nach Olbernhau (Meißig).

Sägereiarbeitern nach Landsberg a. Warthe (Bergemann, Rößler), Rottenbach i. Thür.

Werftarbeitern nach Aken a. Elbe, Schönebeck a. Elbe.

---

verbrauchs) eine bestimmte Zeit der Ruhe folgen muß, um die verbrauchte Kraft zu erneuern. Wenn letzteres nicht erfolgte, würde der Körper aufgerieben, müßte zugrunde gehen. Wir alle wissen aus persönlicher Erfahrung, wie sehr es zutrifft, daß ein Arbeitstag genügt, in uns recht sehr den Wunsch nach der darauffolgenden Ruhepause rege werden zu lassen. Also die tägliche Arbeitseinteilung ist eine der menschlichen Natur entsprechende.

Nun liegt es natürlich im Interesse des Arbeitgebers, die tägliche Arbeitszeit, in welcher der Arbeiter Profite für ihn schafft, möglichst auszudehnen und dementsprechend seinen Nutzen so hoch als möglich zu gestalten. Hier ist der Punkt, wo die organisierte Arbeiterschaft einsetzt und sagt, die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Verkürzt muß sie werden, weil die Zeit der Ruhe und Erholung zu kurz ist, um dem Körper des Arbeiters die den Tag über verbrauchte Kraft zu ersetzen. Sie muß um so mehr verkürzt werden, je intensiver die Arbeitsmethode und dementsprechend der Kraftverbrauch wird. Daß heute bei teilweise neunstündiger Arbeitszeit bedeutend höhere Anforderungen in geistiger wie körperlicher Beziehung an die Kollegen gestellt werden, dürfte denselben ja nur zu bekannt sein. Gerade dieser Umstand ist für mich ein Hauptfaktor, unter allen Umständen auf der täglichen Verkürzung der Arbeitszeit zu bestehen. Tatsächlich hat die Arbeitszeitverkürzung bei weitem nicht Schritt halten können mit der Steigerung der Intensität der Arbeit.

Weiter kommt doch auch für alle anderen Gründe, die wir für Arbeitszeitverkürzung anführen, nur die tägliche in Frage. Wir fordern das Recht, uns zu organisieren, Rechte als Staatsbürger, Rechte als Angehörige der Gemeinde usw. Aus alledem ergeben sich Pflichten, und wünschenswert ist es, daß der Arbeiter beides recht für wert hält und sein Interesse dafür bekundet. Vielfach mangelt es ihm an Zeit, er ist müde und abgespannt von der langen täglichen Arbeitszeit. Hier ist wohl ohne weiteres ersichtlich, daß ihm der freie Sonnabendnachmittag wenig und gar der Montagvormittag nichts nützen kann. Das kann nur eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit.

Recht ins Auge springend sind alle diese angeführten Gründe, wenn man sie durch die Großstadtbrille ansieht. Wieviel Hunderte Kollegen sind dort vorhanden, bei denen zu der blanken Arbeitszeit noch Wege von einer halben bis einer Stunde von und zur Arbeit hinzukommen. Noch ein anderer Teil wohnt auf den umliegenden Ortschaften und muß früh und abends außer der Arbeitszeit auch noch eine Bahn- oder Radfahrt absolvieren. Wer diese Verhältnisse kennt, von dem ist's geradezu unverantwortlich, einer Arbeitszeitregelung, wie sie der Kollege Kühn befürwortet, das Wort zu reden. Der einzige Punkt, der für die Forderung des freien Sonnabendnachmittags in Betracht käme, betrifft die Arbeiterinnen. Diese können, soweit sie verheiratet sind, von einer wirklichen Sonntagsruhe nur reden, wenn ihnen zu den notwendigen wöchentlichen Arbeiten im Haushalt außerhalb des Sonntags Zeit zur Verfügung steht. Es steht zu hoffen, daß der Verbandstag den freien Sonnabendnachmittag unter den jetzigen Verhältnissen vollständig verwirft und ausspricht: Die Arbeitszeitverkürzung erfüllt nur dann ihren Zweck, wenn sie eine tägliche ist.

Herm. Fischer, Halle a. S.

*

Geht man die große Zahl der zum Verbandstag gestellten Anträge durch, so kommt man doch auf eigentümliche Gedanken. Wem das Wohl unserer Organisation am Herzen liegt, hat sich in erster Linie um die Finanzen derselben zu bekümmern. Dieses tun auch viele Kollegen, aber im umgekehrten Sinne, denn sonst wäre es nicht möglich, daß so viele Anträge gestellt werden könnten zwecks Aufbesserung der Unterstützungen, ohne an höhere Beiträge zu denken. Anstatt daß man sich mit den Unterstützungen soviel beschäftigt, sollte man doch mehr daran denken, wie wir unsere Finanzen aufbessern, und wie wir es ermöglichen, die Hunderttausende uns noch fernstehender Holzarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Es ist unter den ganzen 21 Anträgen zur Beitragsfrage kein einziger, aus dem eine Aufbesserung der Finanzen ersichtlich wäre. Eisenach und Itzehoe beantragen, Staffelbeiträge einzuführen. Ein sehr guter Gedanke, aber ich bin nach reiflicher Ueberlegung zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß Staffelbeiträge nur auf der Basis gleicher Unterstützungen eingeführt werden können. Alle Anträge, nach welchen die Unterstützungen erweitert werden sollen, wollen das Elend lindern. Sollten nun die Antragsteller nicht soviel Idealismus besitzen, um zu erkennen, daß derjenige, welcher ein höheres Einkommen durch die Organisation hat — denn nur durch die Organisation sind doch die besseren Verhältnisse geschaffen — auch einen prozentual höheren Beitrag an dieselbe abzuführen hat, um auch die zurückgebliebensten Gegenden nachzuholen? Ja, ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß die Beiträge den besser gestellten Kollegen hohe Zinsen bringen würden, denn wie wird nicht von den Großstädten geklagt über die Schundkonkurrenz in den kleinen Orten. Diese ist nur dadurch zu beseitigen, daß wir dort bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Diese können wir aber wiederum nur dadurch schaffen, daß wir die in der Holzindustrie beschäftigten Kollegen alle für uns gewinnen.

Da wir aber mit unserem Beitrag schon auf einer stattlichen Höhe angekommen sind, ist es in vielen Gegenden den Kollegen unmöglich, unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Beitrag noch abzustoßen. Ja, es gibt selbst in den Großstädten noch viele Kollegen, mit denen es so bestellt ist. Wenn die Staffelung nun in der Weise eingeführt würde, daß Kollegen mit einem Verdienst von unter 18 Mk. den alten Grundbeitrag von 50 Pf. weiter beibehalten, von 18 bis 24 Mk. den jetzigen Beitrag von 60 Pf., von über 24 bis 30 Mk. 70 Pf., über 30 Mk. Wochenverdienst 80 Pf. Grundbeitrag bezahlen, ohne die Unterstützung zu verändern, so haben wir eine nette Mehreinnahme, womit sich so manches Elend lindern und manche Schundkonkurrenz beseitigen läßt. Wir haben dabei eine agitatorische Waffe in der Hand, wie sie nicht geschickter gedacht sein kann.

Was nun die Durchführung dieser Staffelung anlangt, so halte ich sie für sehr gut möglich. In erster Linie wird unsere Presse sich mehr damit befassen müssen, den Mitgliedern die Notwendigkeit dieser Staffelung klarzumachen. Es wird ja für die Verwaltungen mehr Arbeit geben, aber daran dürfen wir nicht hängen bleiben. Es wäre vor allen Dingen die Einführung einer laufenden Statistik notwendig, welche aber jeder Kollege für sich besorgen würde, auf für diesen Zweck anzufertigenden Karten, welche vierteljährlich von den Sektionskassierern eingezogen würden. Erscheint dieses alles etwas kompliziert, so behaupte ich, daß es nur halb so schwer ist; wenn nur der gute Wille vorhanden ist, dann geht es. Es wäre ein großer Schritt, welchen wir mit der Einführung von Staffelbeiträgen weiter kämen, aber auch eine ebenso große Lust, damit ins Land zu gehen und Mitglieder zu werben.

Karl Giesch-Brandenburg a. H.

*

Auf dem Verbandstage dürfte bei der Besprechung des „Rekrutierungsgebietes des Deutschen Holzarbeiterverbandes" die Organisationszugehörigkeit der Schneidemüller eine große Rolle spielen. Wenn wir uns die Verhältnisse der Schneidemüller ein wenig genauer betrachten, müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß eine große Arbeit unserer wartet, um mit Hilfe der Organisation den Kollegen zu helfen. In den ländlichen Gegenden, hauptsächlich bei uns in Masuren, wird bei einer Arbeitszeit von 12—16 Stunden ein Lohn von 2,00—2,30 Mk. den Tag verdient. Außerdem ist der größte Teil der Schneidemüller gezwungen, morgens und abends einen Weg von 3—4 Kilometer zurückzulegen. Daß die Agitation in Anbetracht der niedrigen Löhne sowie der Rückständigkeit der Arbeiter keine leichte ist, liegt klar auf der Hand. Aber nicht genug, daß wir mit diesem Umständen, sowie mit den gegnerischen Gewerkschaften zu kämpfen haben, wird uns das Leben selbst von den freien Gewerkschaften, und zwar vom Transport- und vom Fabrikarbeiterverband, erschwert. Kommen wir auf so einem Dörfchen zu einem Schneidemüller und wollen ihn auf seine Pflicht, dem Deutschen Holzarbeiterverbande beizutreten, aufmerksam machen, so bekommen wir immer wieder zu hören: „Ja, mein Lieber, es war vor ein paar Tagen ein anderer hier, der gab mir ein anderes Blättchen, und da kostet es auch nicht so viel." Daß unter diesen Umständen die Schneidemüller da hingehen, wo es billiger ist, kann man ihnen nicht verdenken. Nicht allein, daß durch das Dazwischentreten der genannten Verbände die Schneidemüller der Organisation, der sie eigentlich angehören sollten, entfremdet werden, kommt es vielfach vor, daß der Kollege, der von den Funktionären verschiedener Gewerkschaften bestürmt wird, sich überhaupt keiner Organisation anschließt. Ich bin mit dem Kollegen Matzies-Memel, durchaus der Meinung, daß jeder Arbeiter, der auf einer Schneidemühle beschäftigt ist, sei er Schneidemüller oder Hilfsarbeiter, keiner anderen Organisation als dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehören darf, und müssen wir alles daran setzen, um die Schneidemüller unserem Verbande zuzuführen.

August Qualo, Sensburg (Ostpr.).

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Mit einer würdelosen Hast hat der Reichstag binnen wenigen Tagen eine ganze Reihe äußerst wichtiger Materien erledigt. Die Schuld an diesen Zuständen, welche das Ansehen der Volksvertretung auf das empfindlichste beeinträchtigen, trägt in erster Linie die Regierung, die den Wahltermin so weit hinausgeschoben hat, daß die rechtzeitige Fertigstellung des Etats, der am 1. April in Kraft tritt, von vornherein ausgeschlossen war. Ein gut Teil der Schuld fällt aber auch auf den Reichstag selbst, der sich von der Regierung lediglich als Bewilligungsmaschine gebrauchen läßt. Der Reichstag ist aber nicht allein dazu da, um die Wünsche der Regierung zu erfüllen, er soll auch dem Volkswillen Ausdruck geben, der in der großen Menge von Initiativanträgen verkörpert ist, welche die Parteien bei Beginn der Session eingebracht haben. Von diesen Initiativanträgen ist aber im ersten Sessionsabschnitt so gut wie gar nicht die Rede gewesen. Es fehlte an Zeit und die Reichsboten drängten zur Heimreise, weil sie es am Geldbeutel spüren, wenn die Session bis in den Sommer hinein ausgedehnt wird. Die famose Diätenordnung berührt nicht nur die Abgeordneten, das ganze Volk ist daran interessiert, daß die Abgeordneten so entschädigt werden, daß sie ohne Vermögenseinbuße ihre Pflichten als Volksvertreter erfüllen können. —

Mit der gleichen Eile, mit welcher der Reichstag die Wehrvorlagen bewilligt hat, wurden auch die Deckungsvorschläge erledigt. Als wichtigstes Deckungsmittel hatte die Regierung die Aufhebung der Schnapsliebesgabe vorgeschlagen. Das ist aber eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Die Anträge der Sozialdemokraten, die darauf gerichtet waren, die Liebesgabe wirklich zu beseitigen, wurden abgelehnt. Durch die Beibehaltung der komplizierten Bestimmungen über die Branntweinbesteuerung wird es nach wie vor den ostelbischen Schnapsjunkern mit Hilfe der Spirituszentrale möglich sein, Extraprofite aus dem Schnapskonsum einzuheimsen, wenn auch die unterschiedliche Höhe der Verbrauchsabgabe beseitigt ist. In der Kommission hatten sich die Sozialdemokraten bereit erklärt, die Erbschaftssteuer zu bewilligen, obwohl der Ertrag derselben in erster Linie zur Deckung der Rüstungsausgaben Verwendung finden sollte. Die Nationalliberalen, die noch in der Wahlbewegung so energisch für diese Steuer eingetreten waren, hielten es aber für zweckmäßiger, in dieser Frage ihren Frieden mit dem Zentrum zu machen, und so wurde die Deckungsfrage nach dem ultramontan-nationalliberalen Kompromiß erledigt.

Von der den Brennern in der seitherigen Form gewährten Liebesgabe in Höhe von 36 Millionen Mark, welche die Regierung als Grundstock ihrer Deckungsvorlage vorgeschlagen hatte, sind übrigens 16 Millionen abgestrichen worden, die dazu dienen sollen, den zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus zu verbilligen. Von den Sozialdemokraten wurde beantragt, diese 16 Millionen dazu zu verwenden, die Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen und den Kriegsteilnehmern eine Unterstützung zu gewähren. Aber dieser Antrag fand keine Gnade vor der Mehrheit. Die bürgerlichen Parteien finden es viel angemessener, den Veteranen durch schöne Reden ihre Sympathie zu bekunden, statt sie durch die Bewilligung entsprechender Unterstützungen vor dem Hunger zu schützen.

Die Deckung der Wehrvorlagen erfolgt nun nach den Beschlüssen des Reichstags durch die recht bescheiden gewordene Mehreinnahme aus der Branntweinsteuer. Dazu kommt die Einnahme aus der Zuckersteuer, deren in Aussicht gestellte Ermäßigung hinausgeschoben wurde. Im übrigen aber wird durch eine entsprechende Gruppierung der Zahlen die Bilanzierung des Etats hergestellt. Ihr Gewissen salvierte die Mehrheit durch eine Resolution, in welcher eine Besitzsteuer verlangt wird, die spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft treten soll. Die Erläuterung, die der Reichsschatzsekretär für den Begriff „Besitzsteuer" gab, läßt erkennen, daß die zu erwartenden Steuervorschläge die Besitzenden nicht zu hart treffen werden. Deshalb stimmten auch die Sozialdemokraten gegen diesen Vorschlag, der mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen wurde. Ueber einen Antrag, eine Erbschaftssteuervorlage so zeitig einzubringen, daß sie am 1. April 1913 in Kraft treten kann, wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 184 gegen 169 Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen.

Ehe der Reichstag an die dritte Lesung des Etats ging, wurden noch schnell einige Petitionen erledigt. Für eine Petition, welche die Einführung des Befähigungsnachweises für die Schneiderei fordert, beantragte die Kommission Ueberweisung als Material. Dieser Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt und Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Dagegen wurde die Einführung einheitlicher, das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen fast einstimmig angenommen. Ob nun wohl der Reichskanzler diesem Verlangen stattgeben wird?

Von einer größeren Beschleunigung der Arbeiten der Wahlprüfungskommission, von welcher bei Beginn der Legislaturperiode viel die Rede war, hat man eigentlich noch nicht viel gemerkt. Bis jetzt ist nur in einem Falle ein Antrag auf Ungültigkeitserklärung einer Wahl an das Plenum gelangt. Dieser betrifft den konservativen Tischlermeister Pauli, der sich von Potsdam nach Hagenow in Mecklenburg gerettet hat. Trotzdem sich

seine Parteifreunde im Verein mit ihren ultramontanen Verbündeten große Mühe gaben, das faule Mandat zu retten, wurde es für ungültig erklärt.

Bei der dritten Lesung des Etats, die in einer langen Sitzung am 22. Mai erledigt wurde, brachte der Sozialdemokrat Ledebour noch einmal die Straßburger Scherbenrede des Kaisers zur Sprache. Sein Hinweis auf die Folgen, die eine ähnliche Aeußerung eines Herrschers für diesen nach sich ziehen würde, wenn sie etwa in England gefallen wäre, versetzte unsere Hurrapatrioten in Raserei. Ledebours Appell an das Selbstgefühl des deutschen Volkes findet bei dessen bürgerlichen Vertretern kein Echo. Wiederum sprang der reichsparteiliche Herr Schultz aus Bromberg mit einer kräftigen Kriegervereinspauke für seinen obersten Kriegsherrn in die Schranke und der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg versicherte treuherzig, daß er keine Schwierigkeiten kenne, für seinen Kaiser einzutreten. Mit seiner Meinung, daß er bei der Verteidigung der vom Kaiser gegen die Elsaß-Lothringer gerichteten Drohung die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe, ist aber Herr v. Bethmann Hollweg schwer auf dem Holzweg. Das wurde ihm auch vom Genossen Südekum sehr deutlich gesagt, der den Reichskanzler zugleich an die von diesem ganz vergessene Pflicht erinnerte, die Verfassung gegen solche gefährliche Drohungen zu schützen, wie sie in Straßburg gefallen sind. Recht wehe tat es unseren Patrioten, daß Südekum an die sehr abfälligen Aeußerungen über den Kaiser erinnerte, die sehr häufig gerade in den Kreisen fallen, die nach außen mit ihrer Kaisertreue prunken. Besonders schmerzlich empfand es aber der frumbe Herr Schultz, daß Südekum so grausam war, die saftigen Majestätsbeleidigungen in Erinnerung zu bringen, die sich vor nicht langer Zeit dessen Parteiorgan, die scharfmacherische „Post", geleistet hatte. —

Die Ostmarkenzulage für die Postbeamten in den polnischen Landesteilen, die in der zweiten Lesung abgelehnt waren, suchte der Staatssekretär noch im letzten Augenblick zu retten, er erzielte aber nur einen teilweisen Erfolg. Es wurde beschlossen, den betroffenen Beamten eine Entschädigung in Höhe der Zulage bis zum Ablauf dieses Jahres zu gewähren. Der Gesamtetat wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Zum Schluß wurde noch über eine von den Konservativen eingebrachte Resolution abgestimmt, in welcher um die Einbringung eines Streikbrecherschutzgesetzes ersucht wird. In namentlicher Abstimmung wurde diese Resolution mit 275 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Damit waren die Arbeiten dieser Frühjahrssession des Reichstages erledigt. Nachdem sich noch der Reichskanzler für die Bereitwilligkeit bedankt hatte, mit welcher der Reichstag dem Militarismus und Marinismus geopfert hatte, erfolgte die Vertagung bis zum 26. November.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im Jahre 1911 eine günstige Entwickelung zu verzeichnen gehabt. Die Eigenproduktion erzielte in der Seifenfabrik zu Gröba bei Riesa einen Umsatz von 4,7 Mill. Mark. Beschäftigt wurden dort 226 Personen, dabei 110 Arbeiter und 93 Arbeiterinnen. Die Gesamtlohnsumme erreichte 229 000 Mk. Hergestellt wurden 9,6 Millionen Kilogramm Seifenfabrikate und 25 800 Gros Toilettenseifen. In den drei Zigarrenfabriken in Frankenberg, Hockenheim und Hamburg stieg der Umsatz um ½ Million auf 2,7 Mill. Mk. Der Absatz erreichte 37 000 Mille gegen 30 000 Mille im Jahre 1910. Der Einfluß des Tabaksteuergesetzes macht sich jedoch noch immer bemerkbar, indem der Umsatz in besseren Marken die alte Höhe noch nicht wieder erklommen hat. Die Kaffeerösterei setzte 1,66 Mill. Kilogramm um. Eine weitere Ausdehnung erfährt die Eigenproduktion demnächst durch die Inbetriebsetzung der neu angekauften Zündholzfabrik in Lauenburg a. d. Elbe und die Uebernahme der Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft. Diese hat ihre Auflösung bereits beschlossen, nachdem sie in jahrelangem Ringen sich zu einem beachtenswerten Betrieb und zu durchaus gesunder finanzieller Fundierung heraufgearbeitet hat.

Das Gesamtpersonal der Großeinkaufsgesellschaft in Verwaltung und Eigenproduktion betrug zu Ende des Jahres 1911 zusammen 1297 Köpfe. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in allen Zweigen mit den beteiligten Gewerkschaften tariflich geregelt, wobei sich die Löhne überall über denen der Konkurrenz bewegen. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden voll zu den Betriebskosten übernommen.

Der Gesamtumsatz der Gesellschaft betrug rund 110 Mill. Mk. Dabei sind 5,6 Mill. Mk. in Waren enthalten, die aus anderen genossenschaftlichen Betrieben bezogen wurden. Besonders kommen dabei landwirtschaftliche Genossenschaften mit Butter und Käse, die Hamburger Produktionsschlächterei mit Fleischwaren und Papierwaren aus der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Betracht. Die Bankabteilung, die den Geldverkehr unter den Konsumgenossenschaften regelt, führte einen buchmäßigen Umsatz von 491 Mill. Mk.

In all diesen Riesensummen repräsentiert sich ein Teil der Macht, den die Organisation der Konsumenten auszuüben in der Lage ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juni beträgt in Minden und Quedlinburg 75 Pf.; ab 1. Juli in Braunschweig 85 Pf., Wittenberge 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai ist spätestens bis zum 4. Juni an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Als verausgabte Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung sind die im Monat Mai aus der Haupt- und Lokalkasse gewährten Beträge jeweils zusammengezählt einzustellen. Auf der Vorderseite der Berichtskarte sind die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats ihrem Berufe entsprechend aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Fälle von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorlagen, ist eine Berichtskarte mit Angabe der am Schlusse des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

62384 Joseph Peschke, Tschl., geb. 13. 12. 72 zu Straußnitz.
134987 Johann Böhmke, Tschl., geb. 25. 5. 78 zu Wischhafen.
408322 Richard Förster, Tischler, geb. 5. 5. 80 zu Einlage.
447767 Otto Gukelberger, Tischler, geb. 15. 11. 85 zu Freudenstadt.
484886 Otto Pahnke, Tischler, geb. 16. 10. 89 zu Labenz.
487165 Joseph Hospodasch, Tschl., geb. 7. 1. 73 zu Pokratitz.
566309 Karl Warzecha, Tischler, geb. 24. 7. 78 zu Oppeln.
568566 Albert Flaig, Verleimer, geb. 4. 8. 94 zu Lauterbach.
582509 Karl Knobloch, Tischler, geb. 18. 4. 02 zu Steinau.
583190 Wilh. Schmitz, Tischler, geb. 13. 6. 76 zu Ratingen.
504440 Herm. Koentopp, Tschl., geb. 8. 7. 72 zu Czarnikau.

Nachstehend veröffentlichen wir das Ergebnis der Stichwahlen zum Verbandstag.

Es erhielten Stimmen:

2. Abteilung: Fritz Matzies-Memel 268, Heinrich Trinowitz-Tilsit 818.
3. Abteilung: Franz Unterhalt-Danzig 254, Franz Siewert-Stolp 241.
5. Abteilung: Gustav Klose-Stettin 74, Friedrich Riesel-Stettin 242.
6. Abteilung: Karl Moltmann-Schwerin i. M. 200, Heinrich Scheper-Rostock 250.
7. Abteilung: Rudolf Lassow-Stargard 144, Albert Haack-Stralsund 198.
8. Abteilung: Wilhelm Stoll-Herrnburg 147, Fritz Wegner-Strelitz 144.
14. Abteilung: Theodor Kutschka-Glogau 200, Max Otto-Hahnau 124.
20. Abteilung: Bernhard Kupke-Forst 218, Karl Wittchen-Finsterwalde 158.
21. Abteilung: Hermann Kummer-Cöpenick 165, Otto Neumann-Lübbenau 332.
22. Abteilung: Richard Werner-Driesen 230, Fritz Laube-Fürstenwalde 126.
28. Abteilung: Richard Knorr-Trebbin 196, Richard Labemann-Wittenberge 174.
24. Abteilung: Ernst Hanzke-Dresden 242, Richard Tempel-Dresden 264.
27. Abteilung: Max Melzheimer-Waldheim 162, Karl Schmidt-Leisnig 182.
32. Abteilung: Emil Herklotz-Neuhausen 224, Hermann Wenzel-Eppendorf 328.
38. Abteilung: Hermann Voigt-Dippoldiswalde 235, Willi Breitmeyer-Schmiedeberg 171.
39. Abteilung: August Gerhardt-Zeitz 97, Otto Schneider-Zeitz 116.
41. Abteilung: Karl Voigt-Altenburg 319, Max Engelhardt-Zeulenroda 359.
45. Abteilung: Emil Reiß-Hainichen 115, August Hildebrandt-Borna 197.
49. Abteilung: Heinrich Körber-Weimar 194, Karl Graf-Bürgel i. Th. 258.
50. Abteilung: Edgar Käppler-Apolda 198, Max Herzog-Neustadt a. d. O. 97.
52. Abteilung: Raimund Völker-Langewiesen 330, Louis Schmidt, Mellenbach 247.
59. Abteilung: Emil Böse-Quedlinburg 124, Otto Müller-Salzwedel 137.
62. Abteilung: Wilhelm Mutzhase-Bremerhaven 67, Heinrich Jensen-Bremerhaven 74.
65. Abteilung: Friedrich Freudenberg-Wilhelmshaven 211, Karl Hoopts-Oldenburg 290.
66. Abteilung: Peter Knopf-Lüneburg 130, Otto Riedlinger-Harburg 193.
67. Abteilung: Hermann Neemann-Emden 243, Wilhelm Hansen-Varel 143.
69. Abteilung: Hermann Lange-Dannenberg 108, Wilhelm Schumann-Elmshorn 124.
74. Abteilung: Fritz Wedemeyer-Göttingen 147, Wilhelm Gerig-Hildesheim 172.
75. Abteilung: Wilhelm Beermann-Minden 224, Georg Rosenberg-Holzminden 287.
76. Abteilung: Fritz Kemper-Osnabrück 202, Heinrich Schmidt-Bünde 243.
85. Abteilung: Hans Hien-Herne 153, Heinrich Müller-M.-Gladbach 158.
90. Abteilung: Friedrich Pforr-Höchst a. M. 234, Friedrich Albrecht-Hanau 370.
92. Abteilung: Julius Handelmann-Frankenthal 132, Johann Weber-Heidelberg 219.
93. Abteilung: Philipp Vollrath-Oberramstadt 118, Ludwig Hacker-Neustadt a. d. H. 243.
94. Abteilung: Hans Reith-Rumpenheim 423, Jakob Hillgärtner-Gießen 125.
96. Abteilung: Fritz Mayer-Fürth 147, Fritz Bratenstein-Fürth 126.
99. Abteilung: Friedrich Metzger-Schopfloch 227, Georg Schmidt-Schwabach 313.
100. Abteilung: Gustav Schiefer-München 319, Anton Stopfer-München 338.
101. Abteilung: Balthasar Pröll-Rosenheim 297, Xaver Groß-Augsburg 330.
102. Abteilung: Fritz Veh-Kaufbeuren 211, Josef Löffler-Mühldorf 161.
103. Abteilung: Christian Peter-Stuttgart 267, Eugen Pflieger-Stuttgart 391.
107. Abteilung: Alois Jetter, Eßlingen 276, Jakob Rueß-Ulm 350.
109. Abteilung: Karl Hindelang-Colmar i. E. 165, Johann Schönenberger-Schwenningen 324.
110. Abteilung: Hermann Hentz-Heidenheim 296, Karl Breckel-Kirchheim u. T. 302.

In der vierten Abteilung muß nochmals eine Stichwahl stattfinden, da in der Zahlstelle Köslin Unregelmäßigkeiten bei der ersten Wahl vorgekommen sind, indem Stimmen von Mitgliedern mitgezählt wurden, die nicht persönlich zur Wahl erschienen sind. Es mußten deshalb die in der Zahlstelle Köslin auf Kollegen Heinig abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden und schied derselbe dadurch von der Stichwahl aus. Es findet nunmehr Stichwahl statt zwischen den Kollegen Rohlandt-Graudenz und Münnelhoff-Osterode i. Ostpr. Das Resultat wird später veröffentlicht werden.

Auch in der 98. Abteilung mußten aus dem gleichen Grunde die bei der ersten Wahl in Lauf auf den Kollegen Wedel abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden, hierdurch hat der Kollege Frötschl-Hof gleich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten und gilt somit als gewählt.

Mit Ausnahme der vierten Abteilung sind nunmehr sämtliche Wahlen vollzogen und hiernach die folgenden Delegierten gewählt: 1. Kahl-Königsberg; 2. Trinowitz-Tilsit; 3. Unterhalt-Danzig; 4. (findet eine nochmalige Wahl statt); 5. Riesel-Stettin; 6. Scheper-Rostock; 7. Haack-Stralsund; 8. Stoll-Herrnburg; 9. Puschmann- und 10. Steiner-Breslau; 11. Przybyl-Liegnitz; 12. Göthel-Görlitz; 13. Habel-Freiburg i. Schl.; 14. Menzel-Schweidnitz; 15. Ilgemann-Erdmannsdorf; 16. Kutschka-Glogau; 17. Glocke-, 18. Lehmann-, 19. Nigbur-, 20. Maier-, 21. Güth-, 22. Grunow-, 23. Maatz-, 24. Otto-, 25. Rich. Leopold-, 26. Thielemann-, 27. Felix Leopold-, 28. Fendel-, 29. Schreiber-, 30. Klingner-, 31. König-, 32. Meyer-, 33. Franz-, 34. Michaltsel-, 35. Kirsch, 36. Lockhoff-, 37. Märten-, 38. Windmüller-, 39. Hacker-, 40. Meersbach-, 41. Palm-, 42. Langhammer-, 43. Holzhüter- und 44. Westphal-Berlin; 45. Storch-Charlottenburg; 46. Müller-Brandenburg; 47. Methner-Frankfurt a. O.; 48. Benscheck-Luckenwalde; 49. Kupke-Forst; 50. Neumann-Lübbenau; 51. Werner-Driesen; 52. Knorr-Trebbin; 53. Lauter-, 54. Scholz-, 55. Thieme-, 56. Gärtner- und 57. Tempel-Dresden; 58. Winkler-Bautzen; 59. Thomas-Radeberg; 60. Schmidt-Leisnig; 61. Maudrich-Geringswalde; 62. Wustlich-Rabenau; 63. Piesche-Niedersedlitz; 64. Herklotz-Olbernhau; 65. Wenzel-Eppendorf; 66. Voigt-Dippoldiswalde; 67. Fiebiger-Löbau; 68. Gericke-, 69. Schubert-, 70. Hilpert-, 71. Gründer-, 72. Börner- und 73. Seidewitz-Leipzig; 74. Nastrowitz-Eilenburg; 75. Vettermann- und 76. Schäbitzer-Chemnitz; 77. Hoyer-Schmölln; 78. Schneider-Zeitz; 79. Beyer-Gera; 80. Engelhardt-Zeulenroda; 81. Ebert-Zwickau; 82. Kunz-Johanngeorgenstadt; 83. Scheffler-Schönheide; 84. Hildebrandt-Borna; 85. Unfricht-Gotha; 86. Schneider-Koburg; 87. Söhle-Frankenhausen; 88. Graf-Bürgel i. Th.; 89. Käppler-Apolda; 90. Artheim-Schmalkalden; 91. Völker-Langewiesen; 92. Schmidt-Braunschweig; 93. Klees-Magdeburg; 94. Schnabel-Halle; 95. Lamm-Dessau; 96. Mannigel-Bernburg; 97. Buß-Schönebeck; 98. Müller-Salzwedel; 99. Bannwolf-, 100. Tanzgeschirr-, 101. Odensatz-, 102. Domke-, 103. König- und 104. Weil-Hamburg; 105. Ahlemeyer-, 106. Bormann- und 107. Dammer-Bremen; 108. Jensen-Bremerhaven; 109. Wegner-Kiel; 110. Schulz-Lübeck; 111. Hoopts-Oldenburg; 112. Riedlinger-Harburg; 113. Neemann-Emden; 114. Petersen-Flensburg; 115. Schumann-Elmshorn; 116. Bahnert-, 117. Itzin- und 118. Evers-Hannover; 119. Lesser-Kassel; 120. Niedick-Bielefeld; 121. Niemeier-Herford; 122. Gerig-Hildesheim; 123. Rosenberg-Holzminden; 124. Kemper-Osnabrück; 125. Maukisch-Münder; 126. Schröder- und 127. Blömer-Düsseldorf; 128. Simonis- und 129. Vierheilig-Köln; 130. Niemann-Elberfeld; 131. Stawski-Krefeld; 132. Meyer-Dortmund; 133. Puls-Essen; 134. Maurer-Solingen; 135. Müller-M.-Gladbach; 136. Mühlbach- und 137. Westphal-Frankfurt a. M.; 138. Weiß-Mainz; 139. Nehfeldt- und 140. Wirth-Mannheim; 141. Hüther-Offenbach; 142. Albrecht-Hanau; 143. Reubold-Kelkheim; 144. Weber-Heidelberg; 145. Hacker-Neustadt a. d. H.; 146. Reith-Rumpenheim; 147. Ammon-, 148. Schneppenhorst-, 149. Wallauer-, 150. Meyer-, 151. Schmidt- und 152. Feulner-Nürnberg; 153. Maher- und 154. Mörsberger-Fürth; 155. Reich-Würzburg; 156. Frötschl-Hof; 157. Schmidt-Schwabach; 158. Pleninger-, 159. Haid-, 160. Schuster-, 161. Stopfer- und 162. Müller-München; 163. Groß-Augsburg; 164. Veh-Kaufbeuren; 165. Schaible-Zuffenhausen; 166. Metzger-, 167. Schleicher- und 168. Pflieger-Stuttgart; 169. Sigmund-Karlsruhe; 170. Kunz-Mülhausen i. E.; 171. Manthe-Schrainberg; 172. Rueß-Ulm; 173. Körner-Heilbronn; 174. Schönenberger-Schwenningen; 175. Breckel-Kirchheim u. T.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

An die Delegierten zum Verbandstag.

Die Delegierten zum Verbandstag, welche besondere Wünsche in bezug auf Logis, Wahl des Hotels usw. haben, werden gebeten, dieselben recht bald an das Bureau der Zahlstelle Berlin, Engelufer 14, gelangen zu lassen. Wenn irgend möglich, werden wir dieselben berücksichtigen. Logis wird für alle Delegierten bestellt, falls keine andere Mitteilung erfolgt.

Das Komitee.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. (Bauanschläger.) Trotzdem unsere Sektion schon seit zehn Jahren besteht und hier 200 bis 250 Kollegen im Bau beschäftigt sind, geht es nur langsam vorwärts. Dazu kommt, daß fortwährend über Nichtinnehaltung des Tarifes, der 1911 abgeschlossen wurde, zu klagen ist. Besonders nimmt es damit ein Teil der in großen und mittleren Werkstätten beschäftigten Kollegen, die nicht ständig im Bau arbeiten, nicht so genau, ebenso die bei Zwischenmeistern Arbeitenden. Dann gibt es wieder

Kollegen, die wohl am Biertische das große Wort führen, dem Arbeitgeber gegenüber aber nicht gerade stehen. Obgleich unsere Versammlungen nur einmal, und zwar am ersten Sonnabend im Monat stattfinden, lassen sich viele dort nur selten sehen. Eine andere Spezies ist die, so sich vorher erst den nötigen Mut antrinkt, um dann durch ihr Benehmen den ernsten Versammlungsteilnehmern den Besuch zu verekeln. Glücklicherweise sind es dieser Kollegen nur ganz wenige. Beim Versammlungswesen muß die Besserung einsetzen, sollen wir beim Tarifablauf im nächsten Jahre gut abschneiden. Vor allem ist ein regelmäßiger Besuch unserer Zusammenkünfte seitens aller Kollegen unabweisbar notwendig.

Stade. Unsere Organisation hat hier gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Lohnbewegung im April hat unseren Kollegen nach vierzehntägigem Streik eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 54 Stunden pro Woche während der Vertragsdauer gebracht. Leider war es uns unmöglich, in diesem Vertrag auch die Arbeitsvermittelung zu regeln. Mit dieser Frage beschäftigte sich nun unsere Mitgliederversammlung vom 18. Mai. Kollege Buckendahl aus Hamburg hielt ein Referat über: „Die Arbeitsnachweisfrage und der Kampf um die Arbeitsvermittelung." Die Regelung der Arbeitsvermittelung wird uns dadurch erschwert, daß wir kein besonderes Verkehrslokal haben. Die Zureisenden müssen deshalb in der Herberge zur Heimat übernachten, wo wir auch unsere Reiseunterstützung auszahlen. In unserer Versammlung wurde nun beschlossen, das Umschauen zu verbieten und die Arbeitsvermittelung durch unsern Kassierer abends von 7—8 Uhr in der Herberge zur Heimat vornehmen zu lassen. Es liegt nun an uns, diesen Beschluß streng durchzuführen. Jeder Kollege, der hier in Arbeit tritt, muß dem Werkstattvertrauensmann die Kontrollkarte vom Kassierer vorlegen können. Auch werden unsere Kollegen ersucht, offene Stellen oder den Bedarf neuer Arbeitskräfte beim Kassierer, Kollegen Jungklaus, Seminarstr. 8, zu melden.

Stettin. Seit Jahren wurde von den Modelltischlern der Schiffswerften Klage geführt über schlechte Lohnverhältnisse. Auch der Kampf im Jahre 1910 brachte für die Modelltischler des „Vulkan" den Einstellungslohn nur auf 42 Pf., für die auf den „Oderwerken" Beschäftigten nur auf 34 Pf. pro Stunde. Diese gewiß niedrigen Löhne haben aber nur für volljährige Arbeiter Gültigkeit. Infolgedessen waren selbst auf dem „Vulkan" bis vor kurzem noch Löhne bis zu 30 Pf. herab für gelernte Modelltischler anzutreffen. Diese schlechte Entlohnung veranlaßte die Kollegen auch in diesem Jahre zu einem gemeinsamen Vorgehen. Erfreulicherweise zeigten die Werftleitungen in diesem Jahre ein größeres Entgegenkommen. Es haben Lohnerhöhungen erhalten: 23 Kollegen je 1 Pf., 68 je 2 Pf., 4 je 3 Pf., 1 Kollege 7 Pf., 2 je 10 Pf. und einer sogar 11 Pf. pro Stunde. Außerdem erhielten 13 in der Modelltischlerei beschäftigte Arbeiter eine Lohnzulage von je 2 Pf. pro Stunde. Leider konnte eine Erhöhung der Akkordpreise nicht erreicht werden. Es wurde aber zugesagt, daß die Akkorde so gestellt werden sollen, daß bei fleißiger Arbeit ein angemessener Ueberverdienst erzielt werden kann. Die diesjährigen Zugeständnisse können wohl als ein nachträglicher Erfolg des im Jahre 1910 geführten Kampfes registriert werden. Das sollte ein Ansporn für die Modelltischler sein, in der Agitation nicht zu erlahmen.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Juni d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

(In einigen Fällen gilt nicht der 1. Juni, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.)

Erklärungen zu den Abkürzungen: Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittsl. = Durchschnittsstundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordt. = Akkordtarife.

Bamberg (Möbel-Industrie, G. m. b. H.): Arbzt. am 10. Juni auf 55 Std. pro Woche mit Lohnausgleich.

Chemnitz (Fa. Dietrich und Hanack, Turngerätefabrik): Arbzt. ab 15. Juni von 58 auf 56 Std. Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. um 1 Pf. Akkordt. 3 Proz.

Czerok (Fa. Herm. Schütt): Akkordt. 3 Proz. erhöht.

Düren: Lohnerh. 1 Pf.

Friedland i. M.: Arbzt. von 50 auf 58 Std. Lohnerh. von 36 auf 38 Pf.

Glashütte-Bärenstein (Fa. Leinbrok, Sägewerk): Stundenl. von 29 auf 30 Pf.

Gollnow: Arbzt. von 59 auf 58 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 33 auf 35 Pf.

Herford: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittsl. der Tischler von 47 auf 48 Pf., für Maschinenarbeiter von 40 auf 41 Pf., für Hilfsarbeiter von 32 auf 33 Pf. Akkordt. entsprechende Erhöhung.

Herford-Salzuflen (Möbelfabrik): Arbzt. von 9¾ Std. täglich auf 9½ Std. mit Lohnausgleich. Lohnerh. 1 Pf.

Leipzig (Tischlereien u. Musikindustrie): Lohnerh. 1 Pf.

Limbach i. Sa.: Arbzt. ab 15. Juni von 60 auf 58 Std. Lohnerh. 3 Pf. Mindestl. von 28 auf 30 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 34 auf 35 Pf.

München (Drechsler): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 51 auf 52 Pf.

Nürnberg (Parkettleger): Für Schrägriemen auf Blindboden in Asphalt 2 Pf. pro Quadratmeter mehr.

Reichenbach i. V.: Arbzt. von 58 auf 57 Std. Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 39 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 34 auf 35 Pf.

Steinach (Fa. Greiner): Lohnerh. 1 Pf.

Wilkau i. Sa. (Firma Koppermann): Arbzt. am 15. Juni von 60 auf 58 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 38 auf 40 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren von 33 auf 34 Pf.

In **Altenstadt a. Iller** haben die Kollegen in der Schuhleistenfabrik von Gebrüder Wintler einige bescheidene Forderungen gestellt. Die Firma hat aber jedes Entgegenkommen brüsk abgelehnt; sie will auch mit der Organisation nichts zu tun haben. Infolgedessen haben am 25. Mai sämtliche 170 Schuhleistenarbeiter die Kündigung eingereicht. Zuzug ist fernzuhalten.

In Berlin waren die Löhne der Vergolder trotz der fünfprozentigen Aufbesserung seit dem Jahre 1910 bei der Firma August Werkmeister zurückgegangen. Im weiteren bestanden in dieser Werkstatt Arbeitsverhältnisse, die unter allen Umständen beseitigt werden mußten. Es gelang denn auch jetzt, durch Verhandeln den Akkordtarif, der aus über 2800 Nummern besteht, um 10 bis 12 Proz. aufzubessern. Die Firnisser erhalten pro Woche 1 Mk. Pinselgeld. Außerdem liefert die Firma von jetzt ab die Polier- und Lederlappen und den Bronzearbeitern die auf der Branchenkonferenz empfohlenen Respiratoren. Unser Arbeitsnachweis ist anerkannt und der 1. Mai freigegeben. Und das alles ohne Streik! Herr Aug. Werkmeister hat selbst noch im hohen Alter einsehen gelernt, daß es besser ist, sich mit dem Holzarbeiterverband in Frieden zu einigen. An unsere Kollegen in den Werkstätten richten wir die Bitte, bei neuen Mustern etwas vorsichtiger zu sein und sich bei der Kalkulation der neuen Profile mehr Zeit zu lassen, damit wir nicht später feststellen müssen, daß trotz der Aufbesserung der Tarife die Löhne immer wieder zurückgehen resp. nicht zeitgemäß gestiegen sind.

Bei den Grundierern beginnt es wieder zu gären. Ihre Löhne sind bei der großen Teuerung fast dieselben geblieben wie vor zehn Jahren. In einer am 21. Mai tagenden Versammlung verpflichteten sie sich, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß auch der letzte Grundierer dem Holzarbeiterverband zugeführt wird. Eine Anzahl der im Transportarbeiterverband organisierten Grundierer wollen der Einheitlichkeit halber übertreten. Die Delegierinnen führten in der Diskussion Beschwerde, daß die Arbeitsbedingungen ihrer Kategorie immer noch die alten wie früher seien. Nach dem Geist der Versammlung zu urteilen, wird es uns nun auch in dieser Gruppe gelingen, festen Fuß zu fassen, um auch hier zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen.

Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert

Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung

Schnapsgenuß schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den ostelbischen Schnapsjunkern, die Taschen

Arbeiter, meidet den Schnaps!

In **Freiberg i. Sachs.** haben am 17. Mai die Kollegen der Fabrik für photographische Apparate von Kratsch u. Ullmann die Arbeit eingestellt, da auf unsere Forderungen nur ungenügende Zugeständnisse geboten wurden.

Dagegen ist der Streik der Bau- und Möbeltischler nach kurzer Dauer beigelegt worden. Der mit der Innung abgeschlossene Tarifvertrag sichert die Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Wochenstunden sowie Mindestlöhne von sofort 38 Pf., steigend bis 1915 auf 44 Pf., zu. Die bestehenden Stundenlöhne werden sofort um 3 Pf., während der Vertragsdauer um weitere 6 Pf. erhöht. Bei Akkordarbeit wird der Lohn garantiert. Außerdem sind im Vertrage die Ueberstunden- und Montagezuschläge geregelt.

In **Fürstenwalde** stehen die Kollegen der Bureaumöbelfabrik System nun schon die elfte Woche im Streik, weil die Firma sich weigert, den Polierern den sonst am Orte üblichen Lohnsatz zu zahlen.

In **Fürth** haben in der Spiegelfabrik von Max Offenbacher alle Beschäftigten die Arbeit eingestellt. Die Verbände der Glasarbeiter und Metallarbeiter hatten gemeinsam mit uns Forderungen eingereicht, von denen die beiden wichtigsten, die Einführung der 54stündigen Arbeitszeit und die Gewährung von Mindestlöhnen, sofort abgelehnt wurden. Es wurde zwei Tage lang über diese beiden Punkte verhandelt, dabei ist von den Arbeitervertretern wiederholt versucht worden, durch Entgegenkommen auf der Unternehmerseite Verständnis zu erwecken, jedoch ohne Erfolg. Das einzige Zugeständnis war, daß in den nächsten Wochen die Tarife der verschiedenen Firmen miteinander verglichen werden, und überall, wo sich herausstellt, daß Herr Offenbacher weniger zahlt wie die übrigen, sollen die Löhne aufgebessert werden. Unter diesen Umständen waren die Arbeiter gezwungen, zum letzten Mittel zu greifen. Nach der Erklärung des Schutzverbandes für Glasindustrie wollen die Unternehmer Herrn Offenbacher mit allen möglichen Mitteln unterstützen, es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung auch andere Betriebe ergreift.

In **Füssen** sind die Schreiner in die Lohnbewegung eingetreten und haben dem Meistern ihre Forderungen bereits eingereicht.

In **Glogau** sind die Tischler der Mühlenbauanstalt von Merker u. Werner am 13. Mai in den Streik getreten, weil die Inhaber Ueberstunden verlangten, sich aber weigerten, dafür nun auch einen Zuschlag zu zahlen.

In **Hameln** sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Da ernste Differenzen nicht ausgeschlossen sind, wird um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In **Hamm i. W.** wurde mit der Firma Landmann (Möbelfabrik) ein den Verhältnissen des Betriebes angepaßter Vertrag bis zum Jahre 1915 abgeschlossen. In bezug auf Arbeitszeit, Lohn, Durchschnittslohn, Aufschläge für Ueberzeitarbeit und Montagearbeit paßt sich der Vertrag den allgemein am Orte bestehenden vertraglichen Bestimmungen an. Der Abschluß des Vertrages wurde in friedlicher Weise, auf dem Verhandlungswege, vollzogen.

In **Harburg** ist es in der Bautischlerei Prien zum Streik gekommen. Der Unternehmer versuchte die Akkordpreise zu kürzen und begann mit der Einstellung Gelber, um seinen Plan besser durchführen zu können. Dafür entließ er plötzlich einen Trupp seiner alten Leute und verhielt sich auch gegen jede Unterhandlung ablehnend. In Betracht kommen über 50 Kollegen.

In **Landsberg a. Lech** hat die recht übel beratene Innung der Schreinermeister die von der Behörde eingeleiteten Einigungsversuche in recht brüsker Weise abgelehnt, deshalb geht der Streik in unverminderter Weise weiter.

In **Mindelheim** ist es nach mehrmaligen Verhandlungen gelungen, mit der Meisterschaft einen Tarifvertrag zu vereinbaren, der wesentliche Verbesserungen für unsere Kollegen mit sich bringt. So wird unter anderem die bisherige Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden reduziert, bei Erhöhung der Löhne um 9 Pf. während der Tarifdauer von vier Jahren und Festsetzung eines Mindestlohnes von 41 Pf. die Stunde.

In **Neckarsulm** sind die Modelltischler in den Fahrradwerken ausgesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

In **Stettin** hat es der Möbelfabrikant Altenburg für gut befunden, sämtliche 39 Arbeiter am 17. Mai auszusperren, weil sich die Maschinenarbeiter weigerten, regelmäßig jede Woche vier Ueberstunden zum Füllen der Trockenkammern zu verwenden. Die Kollegen behaupten mit Recht, daß sich diese Arbeiten ebensogut am Tage machen lassen. Da diese Firma, die bisher dem Vertrage nicht unterstand, nun schleunigst dem Arbeitgeberschutzverband beigetreten ist, wird sich nunmehr die Schlichtungskommission mit dem Streitfall beschäftigen.

In **Strehlen in Schlesien** standen die Tischler seit dem 6. Mai im Streik, um vor allem von den 64 bis 66 Arbeitsstunden in der Woche etwas abzuzwacken und eine entsprechende Lohnerhöhung zu erzielen. An die letztere wollten die Meister nicht recht heran, während sie die 60stündige Arbeitszeit zugestanden. Als sich dann die Wirkung des Streikes geltend machte, glaubte die Innung, besser mit dem christlichen Verband abschließen zu sollen, dessen Mitgliedschaft ganze fünf Personen bildeten, die erst seit wenigen Wochen organisiert sind und zudem stehen geblieben waren. Um aber zu einem wirklichen Frieden zu kommen, haben sodann die maßgebenden Betriebe einzeln unserem Verbande Zugeständnisse gemacht. Die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben dürfte sich allerdings noch einige Tage verzögern.

In **Torgelow** waren in einem Betriebe Differenzen entstanden, weil die Inhaber Ueberstunden forderten, aber keinen Aufschlag zahlen wollten. Nach kurzem Streik wurde bewilligt: 7½ Pf. für die beiden ersten Ueberstunden, 15 Pf. für die dritte und 20 Pf. für die vierte Stunde.

In **Vohwinkel** wurde durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich erreicht. Gleichfalls wurden die in Elberfeld üblichen Aufschläge für Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Montagearbeit anerkannt. Diese Vereinbarungen wurden auf unbestimmte Zeit schriftlich festgelegt. An den Kollegen am Orte liegt es nun, diese Vereinbarungen auch strikte durchzuführen und dahin zu arbeiten, daß auch der für Elberfeld übliche Gesamtvertrag baldigst zur Anerkennung gebracht werden kann.

In **Wald** dauert der Ausstand der Stockarbeiter weiter. Der Versuch, Arbeiter von auswärts heranzuziehen, brachte bisher keinen Erfolg. Die Zugereisten verzichteten nach erhaltener Aufklärung darauf, sich als Streikbrecher gebrauchen zu lassen.

In **Zirndorf** fordern die Kollegen der Schreinereien, Holz- und Beindrechslereien die Einführung der 54stündigen Arbeitszeit (bisher 56 bis 58 Stunden) und 10 Proz. Lohnerhöhung. Die Meister zeigten bisher wenig Entgegenkommen und haben deshalb in der Holzdrechslerei Popp bereits die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt.

Ausland.

Lohnkämpfe der Möbelarbeiter in England. Der Vorstand des englischen Möbelarbeiterverbandes berichtet, daß dort gegenwärtig und in nächster Zeit bedeutende Kämpfe ausgefochten werden. Die Engros-Möbelfabrikanten haben ihre Arbeiter in Manchester seit dem 1. Mai, in Liverpool seit dem 20. Mai ausgesperrt und drohen jetzt, den Kampf auf London zu übertragen. In Nottingham streiken die Möbelarbeiter bereits seit sechs Wochen. Insgesamt hat der Verband jetzt über 2500 Mitglieder im Ausstand. Die Kollegen fordern die Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Wochenstunden und eine Lohnerhöhung um 8 Pf. die Stunde. Die in Arbeit stehenden Mitglieder leisten gegenwärtig hohe Extrabeiträge, um die Hoffnung der Unternehmer auf Sprengung der Verbandskasse zu vereiteln. Es darf als selbstverständlich gelten, daß unsere deutschen Kollegen während der Dauer des Kampfes England meiden.

In **Oberarnsdorf** bei Haida in Nordböhmen stehen seit dem 6. Mai die Vergolder (Grundierer, Verzierer und Farbigmacher) der Goldleistenfabrik Deutschmann u. Co. im Streik. Obwohl einige wenige Arbeiter im Betrieb blieben, stehen die Streikenden noch ebenso geschlossen wie bei Beginn des Kampfes.

Aus der Holzindustrie.

Schutz gegen die Brandgefahr in der Zelluloidindustrie.

e. Dem Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, dürfte es am Montag, den 20. Mai, in den Ohren geklungen haben. Die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Zelluloidarbeiter Berlins hatten sich an diesem Tage zu einer Protestversammlung zusammengefunden, um zu den sonderbaren Aeußerungen des Herrn Direktors in Sachen Schutz gegen Brandgefahr in Zelluloid verarbeitenden Betrieben Stellung zu nehmen. Eine überaus große Anzahl der an der Frage interessierten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte sich eingefunden und gab ihrer Meinung Ausdruck, wobei der Herr Direktor recht schlecht abschnitt.

Der Kampf der in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen um hinreichenden Schutz gegen die in diesem Fabrikationszweige so überaus große Brandgefahr geht seit Jahren. Im März 1910 richteten die Vorstände des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Buchbinderverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes als die Vertreter der in den Zelluloid verarbeitenden Betrieben Beschäftigten an Reichstag und Bundesrat eine Petition um Erlaß einer Bundesratsverordnung zum Schutze gegen Brandgefahr in den Zelluloidfabriken. Buchbinder- und Holzarbeiterverband hatten die Petition durch Erhebungen gestützt, die vom Holzarbeiterverband über 98 Betriebe in 95 Städten mit 4115 Arbeitern und Arbeiterinnen veranstaltet waren. Die Erhebungen des Buchbinderverbandes erstreckten sich auf 52 Betriebe mit 3865 Beschäftigten. Ein überaus großer Prozentsatz der Beschäftigten sind Personen unter 18 Jahren. Der eingehenden Begründung der Position war von den genannten Verbänden ein Hinweis auf eine österreichische Verordnung beigefügt, durch welche die gleiche Materie in Oesterreich geregelt ist. Gegen diese Petition lief der Verband der Zelluloidindustriellen mit dem Erfolge Sturm, daß nicht eine Bundesratsverordnung erlassen wurde, sondern man gab „Grundsätze für die gewerbepolizeiliche Ueberwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren" heraus. Es braucht wohl nicht dargelegt zu werden, daß diese unter der Assistenz der Zelluloidindustriellen entstandenen Grundsätze bei weitem nicht den Forderungen der Beschäftigten entsprachen. Insbesondere fehlte den Grundsätzen das Verbot der Beschäftigung Jugendlicher, das bei der enormen Feuergefährlichkeit von Zelluloid dringend notwendig ist. Dann sollten die „Grundsätze" aber auch nur für Werkstätten gelten, in denen 5 Kilo und mehr Zelluloid aufbewahrt wird. Die Folge der „Grundsätze" wird die Verdrängung der Zelluloidverarbeitung in die Hausindustrie sein, womit eine Kontrolle überhaupt unmöglich gemacht wird.

In der Petitionskommission des Reichstages kam bei der Behandlung der Petition die Ansicht zum Ausdruck, daß die für die Zelluloidindustrie aufgestellten Grundsätze besser in eine Verordnung gefaßt würden. Die Anwendung der Grundsätze, so besagte der Bericht der Petitionskommission, sei jetzt den Einzelstaaten und den nachgeordneten Behörden und Beamten überlassen. Das habe zwar den Vorzug, daß man mehr den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe gerecht werden könne, aber auch den großen Nachteil der Gefahr einer laxen Handhabung und Abschwächung. Das Material, welches die beiden Arbeiterverbände beigebracht hätten, sei immerhin sehr beachtenswert. Besonders der Umstand, daß Oesterreich die Frage durch eine sehr umfangreiche Verordnung geregelt habe, zeige, daß dieser Weg nicht unmöglich sei. Die Petitionskommission empfahl, die Petition, soweit sie eine Bundesratsverordnung verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, im übrigen als Material zu überweisen. Die Petition der Arbeiterverbände hat also von der Petitionskommission des Reichstages die beste Behandlung erfahren und nach parlamentarischen Sitten die denkbar beste Zensur erhalten. Der Reichstag stimmte dem Vorschlage der Petitionskommission auch zu. Regierung und Bundesrat verhielten sich jedoch ablehnend. Wegen dieser ablehnenden Haltung wurde die Regierung in der Reichstagssitzung vom 20. März d. J. von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt und zur Verantwortung gezogen, namentlich, weil sie zu den Vorberatungen nur Vertreter der Zelluloidindustriellen, nicht aber auch Vertreter der Arbeiter hinzugezogen hatte. Der Vertreter der Regierung, Dr. Caspar, versuchte die Regierung mit dem Hinweis zu verteidigen, daß geeignete Arbeiter nicht zu finden seien.

Gegen diese Ausführungen erhob die Versammlung entschiedenen Protest. Der Redner derselben, der Vorsitzende der Zentralkommission der Kamm- und Zelluloidarbeiter, Jul. Hildebrand, ging den direktorialen Darlegungen kräftig zu Leibe. Gestützt auf die Beurteilung der Petition durch den Reichstag und dessen Petitionskommission konnte er mit Leichtigkeit den Nachweis bringen, daß die Annahme des Regierungsvertreters falsch sei. Durch umfangreiches Material gestützt, wurde die dringende Notwendigkeit weiteren Schutzes dargelegt. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen durch die Annahme der folgenden Resolution an:

„Die am 20. Mai 1912 im „Englischen Garten" tagende Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Zelluloidindustrie Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Stellung des Bundesrats in der Frage des größeren Schutzes der Arbeiterschaft gegen die Brandgefahren des Zelluloids. Die preußische Verordnung entspricht bei weitem nicht den Anforderungen, die die Arbeiter zu stellen berechtigt sind. Die Freigabe von 5 Kilo Material trägt die Gefahr aus der Fabrik auch in die Wohnhäuser, und setzt nicht nur die Arbeiter der Industrie, sondern auch unbeteiligte Mitbewohner den Gefahren aus. Nach wie vor halten wir an der Forderung fest, daß in solchen gefährlichen Betrieben jugendlichen Personen bis zum 18. Lebensjahre die Beschäftigung untersagt wird. Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen die Behauptung des Ministerialdirektors Herrn Dr. Caspar in der Reichstagssitzung vom 20. März d. J., daß Arbeiter, insbesondere Organisationsvertreter, als Sachverständige ungeeignet sind."

Beschlossen wurde ferner, den Vorstand des Holzarbeiterverbandes zu beauftragen, die Petition unter Nachtrag des inzwischen erstandenen neuen Materials an den Reichstag und Bundesrat erneut einzureichen.

Die Berliner Korbmacherinnung im Kampfe gegen schlechte Korbmöbel. In der Quartalsversammlung der Innung am 15. April legte Herr Metzner als Beweis für die schlechte Arbeit an Korbmöbeln einen im Warenhaus für 7,75 Mk. gekauften Sessel vor. Die anwesenden Meister gaben ihr Gutachten dahin ab, daß die Herstellung jeder Beschreibung spottet. Verwundert riefen sie aus: Ist es möglich, daß es Korbmacher gibt, welche solche Arbeit anfertigen? Als Mittel, solche Arbeit zu bekämpfen, wurde der Vorschlag gemacht, eine Resolution abzufassen und dieselbe durch die Innung in den Zeitungen zu veröffentlichen, um so das Publikum auf solche minderwertigen Arbeiten aufmerksam zu machen. Bei der Gelegenheit wurde an die vor 25 bis 30 Jahren beliebt gewesenen Espartomöbel erinnert, die auch von den Korbmachermeistern immer schlechter und minderwertiger hergestellt wurden, wodurch sie beim Publikum gänzlich in Mißkredit gerieten. Um das zu vermeiden, sollten doch die Fabrikanten Abstand nehmen, solche Arbeit so spottbillig zu liefern.

Interessant ist es, daß es gerade Herr Metzner ist, welcher den Kampf gegen die Schundware eröffnet. Der Nr. 8 der „Korbmacher-Zeitung" liegt nämlich ein Prospekt bei, aus welchem die Preise ersichtlich sind, zu welchen Herr Metzner liefert. Hier einige Beispiele: Sessel Nr. 782, Preis 11,50 Mk. Dieser Sessel muß mindestens 7 Mk. Arbeitslohn kosten, wenn ein mittlerer Arbeiter bei normaler Arbeitszeit 30 Mk. verdienen soll. Es sind ungefähr 1¾ Pfund Fadenrohr darin, das Pfund 1,20 Mk., ferner ½ Pfund Schienen, das Pfund 1,30 Mk., 2 Pfund Staken, das Pfund 20 Pf., 4 Beine à 5 Pf. Das macht an Material 1,55 Mk., Arbeitslohn 7 Mk., Summa 11,55 Mk. Der Verkaufspreis bei Metzner beträgt 11,50 Mk., macht ein Defizit von 5 Pf. Dabei sind noch die Nägel und Bockstöcke nicht mitgerechnet. — Sessel Nr. 739, Preis 8,70 Mk., Arbeitslohn mindestens 4,50 Mk. Sessel Nr. 740, Preis 12 Mk., Arbeitslohn zumindest 6 Mk. Das sind die einfachen Sachen, bei den besseren ist das Verhältnis noch schlechter. Ein Sessel Nr. 751, Preis 12,75 Mk., der Arbeitslohn beträgt zumindest 9 Mk. Sessel 741a, Preis 16,50 Mk., Lohn zumindest 11 Mk. Herr Metzner hat keine Werkstatt. Die Frage ist also berechtigt, welchen Preis mag der Verfertiger dieser Sachen bekommen? Es kommt noch hinzu, Lieferung frei Haus resp. frei Bahnhof Berlin, außerdem 2 Proz. Kassaskonto. Dabei wird in dem Prospekt versichert, daß es sich um erstklassige Fabrikate aus bestem Peddigrohr handelt. Wenn die Innung einen Kampf führen will gegen die Meister, welche schlechte Arbeit liefern, so wäre es angebracht gewesen, gleich auf frischer Tat Herrn Metzner entgegenzuhalten, daß er ein ganz Teil Schuld an diesen Zuständen trägt. Es muß doch der Innung bekannt sein, daß sich die Meister gar nicht bemühen, die Preise der Ware hochzuhalten. Es wird nicht versucht, den Konkurrenten mit guten gediegenen Mustern zu überbieten, sondern viele Unternehmer beschränken sich darauf, die Muster des Konkurrenten nachzuäffen. Es wird davon soviel wie möglich weggelassen, unbekümmert darum, ob der Sessel oder Tisch noch den nötigen Stand hat. Ferner wird auf den Lohn des Arbeiters gedrückt, so daß dieser alles hinhauen muß, um einigermaßen zu verdienen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, der Innung mit Ratschlägen zur Hand zu gehen. Wenn sie aber statt mit wertlosen Resolutionen mit der Tat an die Hebung unseres Gewerbes gehen will, wird sie bei den organisierten Korbmachern nachhaltige Unterstützung finden. Man muß allerdings bezweifeln, ob bei der Innung der gute Wille vorhanden ist, die Verhältnisse ernstlich zu bessern. Es sei nur an die Geschoßkörbe erinnert. Damals war es die Innung, welche an die Regierung Eingaben machte, daß auch an die Kleinmeister Körbe vergeben werden sollten. Als sie dann welche bekamen, schwammen die Meister in Wonne und unterboten sich so, daß diejenigen, welche damals nach Geschoßkörben schrien, heute keine mehr machen, und die Arbeiter, welche früher diese Arbeit als Hauptarbeit betrieben, erblicken darin nur noch einen Notbehelf.

Genau wie es damals mit den Geschoßkörben ging, so geht es jetzt wieder mit der Gestellarbeit, wenn wir als Arbeiter nicht auf dem Posten sind. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Kollegen das Prinzip verfolgen müssen, gute Arbeit zu leisten und dafür guten Lohn zu beanspruchen. Es ist notwendig, daß die Kollegen beim Festsetzen des Akkordlohnes nach einem gewissen Schema verfahren. Sie müssen in erster Linie versuchen, die Arbeitszeit so viel wie möglich zu verkürzen. Dann ist es notwendig, daß ein jeder Kollege beim Mustermachen sich einen bestimmten Stundenlohn zugrunde legt. Dieser Stundenlohn sollte so bemessen sein, daß er einen auskömmlichen Verdienst gewährleistet. Wenn die Kollegen versuchen, in diesem Sinne zu arbeiten, dann wird es uns möglich sein, ohne daß die Unternehmer sich den Kopf zerbrechen, die Rohrmöbel auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Denn es ist schon eine alte Geschichte, daß nur für einen guten Lohn gute Arbeit geliefert werden kann, und nur gute Arbeit den Markt behauptet. Auf die Meister können wir uns nicht verlassen, sondern wir müssen selbst Hand ans Werk legen. K. W.

Zentrale Vertragsverhandlungen der schweizerischen Korbmacher fanden am 12. Mai auf Einladung des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes statt. Mit dem „Verein Schweizerischer Korbwarenfabrikanten" kam eine Vereinbarung zustande, in der unter Vorbehalt der Zustimmung der lokalen Instanzen die Einführung der 57stündigen Arbeitszeit zugesichert ist, sowie eine Erhöhung der Akkordtarife um durchschnittlich 7 Proz. für Gestellarbeit und 15 Proz. für Geschlagenes und grüne Arbeit. Die zweite Unternehmerorganisation, der „Verband Schweizerischer Korbwaren-Industrieller", hatte eine korporative Beteiligung abgelehnt und die Arbeiter an die einzelnen Firmen verwiesen. Da diese aber heute durchschnittlich noch schlechtere Löhne zahlen als die Mitglieder der anderen Vereinigung, dürften vielleicht die Verhandlungen mit diesen nicht ganz so glatt abgehen. Nach einer Statistik unseres schweizerischen Bruderverbandes bewegten sich die Durchschnittsverdienste in diesen Betrieben im Jahre 1911 zwischen 3,48 bis 3,60 Frank (2,78 bis 2,88 Mk.). Die Tarifverhandlungen mit diesen Fabriken sind jetzt in Angriff genommen worden.

Gewerkschaftliches.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe, welches aus 5 Unparteiischen und je 4 Unternehmern und Arbeitern besteht, sollte am 13. Mai in Berlin zu einer Sitzung zusammentreten, die jedoch nicht zustande kam, weil der Bauarbeiterverband und der Zimmererverband keine Vertreter entsandt hatten. Aus dieser Tatsache macht die Unternehmerpresse ein großes Geschrei, angeblich soll in den Kreisen der Bauunternehmer über das Verhalten der Arbeiterorganisationen eine große Empörung herrschen. Wenn das richtig ist, dann ist diese Empörung von den Führern der Unternehmer durch eine tendenziöse Berichterstattung künstlich hervorgerufen worden.

Wie aus der Darstellung des Sachverhalts in den Organen der beiden genannten Verbände hervorgeht, war als Termin der Sitzung nach einer Verständigung der Unparteiischen mit den Vertretern der Parteien das letzte Drittel des April in Aussicht genommen. Die erwartete Einladung erschien jedoch nicht, dagegen wurde ohne vorherige Verständigung mit den Parteien auf wiederholtes, dringendes Ersuchen des Arbeitgeberbundes die Sitzung auf den 13. Mai anberaumt. Der Vorstand des Zimmererverbandes hat dann sofort darauf hingewiesen, daß seine Vertreter infolge geschäftlicher Behinderung nicht erscheinen können. Die Arbeitgeber bestanden aber auf dem festgesetzten Termin. Mit Rücksicht auf den Zimmererverband blieb dann auch der Bauarbeiterverband der Sitzung fern, nachdem sein Vorstand den geschäftsführenden Unparteiischen hiervon rechtzeitig unterrichtet hatte.

Der Vorgang ist damit völlig geklärt. Es war hinreichend Zeit, die Sitzung abzubestellen und einen anderen Termin zu vereinbaren, aber anscheinend wollten die Unternehmer diese vergebliche Sitzung, um einen Anlaß zu haben, die Arbeiterorganisationen in der Oeffentlichkeit herabwürdigen zu können. Der „Grundstein" schreibt dazu: „Wir hätten wahrhaftig nicht für möglich gehalten, daß der Bund aus diesem Anlaß Kapital schlagen würde; denn hätten wir das befürchten müssen und hätten wir eine solche Skrupellosigkeit für möglich gehalten, dann hätten wir schon viel früher den Bundesvorstand der Obstruktion gegen das Zusammentreten des Zentralschiedsgerichtes zeihen können." Damit kann man wohl die Entrüstungskomödie der Scharfmacher als erledigt betrachten.

In der Metallindustrie schweben gegenwärtig in einigen Gegenden ernsthafte Differenzen, in deren Folge bereits Aussperrungen durchgeführt oder doch angedroht sind. Vor allem ist es die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit, die es den Unternehmervereinigungen angetan hat. In Frankfurt a. M. und Umgegend fordern die Arbeiter die Herabsetzung von 57 auf 54, in Hannover von 59 auf 54 Wochenstunden nebst entsprechender Lohnerhöhung. Die Unternehmer haben in Frankfurt eine Stunde, in Hannover deren zwei geboten, die im letzteren Orte auf den Sonnabendnachmittag gelegt wurden, während die Arbeiter eine tägliche Verkürzung fordern. In Hannover stehen einzelne Betriebe bereits seit Mitte, in Frankfurt seit Ende April im Streik. Zur dessen Niederringung haben die Organisationen der Metallindustriellen bereits die Aussperrung von 60 Prozent der Beschäftigten im Maingebiet zu Anfang Mai verfügt und für das weitere Süddeutschland und für Hannover zum 25. Mai angedroht. Für das südwestdeutsche Gebiet hat am 21. Mai in Nürnberg eine Verhandlung mit den Metallindustriellen stattgefunden, in der diese noch einige kleine Zugeständnisse gemacht haben, zu denen die Frankfurter Streikenden und Ausgesperrten zunächst Stellung nehmen werden. Durch den bisherigen Verlauf des Kampfes sind bisher rund 300—400 unserer Mitglieder mit in den Ausstand gezogen worden. Die Durchführung der angedrohten Aussperrung würde diese Zahl allerdings schnell mehr als verdoppeln. Beteiligt sind bisher besonders Modellschreiner und Stellmacher in den Orten Hannover, Frankfurt a. M., Fechenheim, Hanau und Offenbach.

Der Böttcherverband hat im Jahre 1911 in seinem Mitgliederbestand ziemlich stagniert. Die Zahl der Mitglieder stieg nur um 231, von 8107 auf 8338. Verhältnismäßig hoch waren mit 70 702 Mk. seine Ausgaben für Krankenunterstützung. Für Lohnkämpfe wurden 48 578 Mark, für Arbeitslose 24 000 Mk. verausgabt. Infolgedessen konnte das Vermögen nur um noch weniger als die Kapitalzinsen ausmachten vermehrt werden. Es stieg von 121 018 Mk. auf 123 203 Mk.

Der Steinarbeiterverband hielt seinen diesjährigen Verbandstag vom 13. bis 18. Mai in München ab. Das Tarifwesen erfuhr dort eine eingehende Besprechung, deren Ergebnis in einer Resolution niedergelegt wurde. Diese forderte u. a.: Lohngarantie bei Akkordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich, Schlichtungskommissionen, Bezirks-Schiedsgerichte und als oberste Tarifinstanz ein zentrales Schiedsgericht, sowie ferner eine Einwirkung darauf, daß staatliche und kommunale Lieferungen (Pflastersteine usw.) nur an tariftreue Firmen vergeben werden. Ein eigenartiges Licht auf die Unternehmer der Hartsteinindustrie wirft es, daß man weiter die Verwendung „geeichter" Maße und Gewichte bei der Abnahme von Akkordarbeit erst verlangen mußte. Beschlossen wurde, daß künftig zur Fortsetzung eines Streikes eine Zweidrittelmehrheit der Streikenden erforderlich sein soll. Um in dringenden Fällen schnell einen außerordentlichen Verbandstag beisammen zu haben, soll für einen solchen jeweils das Mandat der letztgewählten Delegierten gelten. Die beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten in den Bauberufen diesmal noch abgelehnt, doch soll der Verbandsvorstand dem nächsten Verbandstag eine diesbezügliche Vorlage unterbreiten. Die Karenzzeit für Krankenunterstützung wurde von 7 auf 3 Tage ermäßigt, die Umzugsunterstützung von 50 auf 80 Mk., die Reiseunterstützung von 75 auf 100 Pf. pro Tag erhöht. Auch erfuhr die Frage einer Verschmelzung, für welche besonders der Bauarbeiterverband in Frage kommt, eine Erörterung und erklärten sich besonders die städtischen Delegierten für, die ländlichen gegen eine solche. Ein Beschluß wurde darüber nicht gefaßt.

Die Verbände der Tabakarbeiter und der Zigarrensortierer hielten in den Tagen vom 13. bis 17. Mai ihre letzten gesonderten Generalversammlungen ab. Beide beschlossen einmütig, die Verschmelzung der Verbände zum 1. Juli 1912 durchzuführen. Der sodann in einer gemeinsamen Tagung aller Delegierten zur Annahme gelangte Statutenentwurf sieht 6 Beitragsklassen mit 35, 45, 55, 70, 100 und 120 Pf. pro Woche vor. Arbeitslosenunterstützung wird nach halbjähriger Mitgliedschaft gewährt und beträgt je nach der Beitragsklasse 90 Pf. bis zu 2,50 Mk. pro Tag auf eine Dauer von 12 Tagen im ersten Mitgliedsjahr, steigend bis zu 72 Tagen im siebenten Jahr. Krankenunterstützung im Betrage von 35 Pf. bis zu 2,45 Mk. wird nach

einjähriger Mitgliedschaft vom vierten Krankheitstage ab gewährt, und zwar auf 18 bis zu 156 Tagen je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Die vorgesehene Steigerung der Verbandsleistungen ist eine außerordentlich hohe. Umzugsunterstützung gibt es nach mindestens zweijähriger Mitgliedschaft und bei über 12 Kilometer Entfernung der Wohnorte im Betrage von 20 bis 60 Mk. Die Streikunterstützung wird nach den Beitragsklassen auf 9 bis 15 Mk. pro Woche zuzüglich 75 Pf. pro Kind festgesetzt und von einer mindestens 26wöchigen Mitgliedschaft abhängig gemacht. Ohne diese letztere Beschränkung wird die Unterstützung Gemaßregelter jeweils im Rahmen der gleichen Sätze vom Vorstand festgesetzt. Das Sterbegeld ist derart geregelt, daß beim Ableben eines Mitgliedes die Hinterbliebenen je nach Beitragsklasse und Dauer der Mitgliedschaft 15 bis 70 Mk. beziehen können. Beim Ableben der Ehehälfte eines Mitgliedes gibt es erst eine Unterstützung nach mindestens sechsjähriger Mitgliedschaft, und zwar je nach Klasse 22,50 bis 52,50 Mk. Die Entscheidung über den Eintritt in eine Lohnbewegung und über die Zulässigkeit einer Arbeitseinstellung wurde dem Verbandsvorstande übertragen; derselbe hat einen Streik für beendet zu erklären, wenn sich in geheimer Abstimmung weniger als zwei Drittel der Streikenden für seine Fortführung erklären. Die neue Organisation führt den Namen „Deutscher Tabakarbeiter-Verband" und hat seinen Sitz in Bremen. Verbandsorgan bleibt der „Tabakarbeiter". Die Zigarrensortierer erhalten das Recht, auch künftig eigene Arbeitsnachweise zu unterhalten. Ihr bisheriger Verbandsvorsitzender Arnhold tritt als Sekretär in den neuen Verbandsvorstand ein. Bezüglich der Verbandsangestellten wurde beschlossen, daß diesen aus dem neuen Gesetz über die Versicherung der Privatangestellten keine Mehrkosten entstehen sollen, die Beiträge vielmehr vom Verband übernommen werden. Eine lebhafte Diskussion rief die Frage der Lohnkämpfe hervor, bezüglich deren betont wurde, daß die Mithilfe der Konsumenten wohl äußerst erwünscht, der Hauptwert aber auf den Ausbau der eigenen Organisation zu legen sei.

Unternehmerbewegung.

Die Tagung der Scharfmacher.

Der Zentralverband der Industriellen hat sich am 21. Mai ein Stelldichein in München gegeben. Die Hauptaufgabe dieses typischen Scharfmacherverbandes ist die Hetze gegen die Arbeiterbewegung, und auch bei ihrer diesjährigen Zusammenkunft legten die Herrschaften ihren Gefühlen durchaus keinen Zwang an. Schon in seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende des Verbandes, Landrat a. D. Roetger, der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierungen den Bestrebungen des Verbandes die gebührende Beachtung schenken werden. Diese Hoffnung ist begründet; schon seither war die Reichsregierung ängstlich darauf bedacht, den Wünschen der hochmögenden Herren von der Schwerindustrie weitgehend Rechnung zu tragen, und in diesem Verhältnis wird in absehbarer Zeit schwerlich eine Aenderung eintreten. Es war deshalb kaum nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die „steigende sozialdemokratische Gefahr" zu lenken. Die brave Regierung gibt sich ohnehin schon die größte Mühe, dieser „Gefahr" entgegenzuwirken. Daß bei den Methoden, die zur Sozialistenbekämpfung angewendet werden, die Arbeiterbewegung wächst und gedeiht, das ist eben das Pech der Regierung und der sie dirigierenden Scharfmacher.

Der Geschäftsbericht, der vom Regierungsrat a. D. Schweinhofer, dem Schüler und Nachfolger des bekannten Bueck, erstattet wurde, war wieder eine große Pauke gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung; zwei Begriffe, die für die Scharfmacher ohnehin identisch sind. Aus dem industriellen Wahlfonds wurden bei den letzten Reichstagswahlen 120 Kandidaten unterstützt, von denen 41 gewählt sind. Die Namen dieser im Solde der Scharfmacher stehenden Politiker wurden leider nicht genannt. Sie befinden sich aber jedenfalls unter den 62 Abgeordneten, die am 22. Mai im Reichstag für den Antrag auf Wiedereinbringung einer Zuchthausvorlage gestimmt haben. Bei dem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie bekamen natürlich auch die Professoren Schmoller und Brentano ihr Teil ab, weil durch das Wirken dieser Kathedersozialisten die sozialdemokratische Gefahr erhöht werde. Der bezahlte Agitator der Scharfmacher bekannte sich unter dem Beifall seiner Zuhörer als Gegner der Tarifverträge. Mit den Arbeitern darf ein Unternehmer nach dem Herzen der Scharfmacher nicht paktieren, da er sonst seinem Herrenrecht etwas vergibt, dagegen hält der Redner die Kartelle, welche die Rechte des einzelnen Unternehmers beschränken, für eine zwingende Notwendigkeit. Das A und O der Rede ist aber die Scharfmacherei gegen die Arbeiterorganisationen. Gegen sie müsse die Regierung noch viel rigoroser vorgehen als seither.

Wie sich der Zentralverband das schärfere Vorgehen gegen die Sozialdemokratie vorstellt, das brachte er in einer Resolution zum Ausdruck, in welcher ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen und das gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens verlangt wird. Selbstverständlich wurde diese Resolution einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, den gelben, nationalen und sonstigen Sorten von Streikbrecherorganisationen eine größere Förderung angedeihen zu lassen. Dieser Wunsch fand Gegenliebe; der Vorsitzende konnte sogar mitteilen, daß entsprechende Schritte bereits in Vorbereitung seien. Eine Resolution, welche die Annahme der Wehrvorlage mit Genugtuung begrüßt, wurde ohne Diskussion angenommen. Kein Wunder, spielen doch die Armee- und Flottenlieferanten und sonstige Interessenten des Militarismus im Zentralverband der Scharfmacher die erste Geige.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher gegen die Fortführung jeder ernsthaften Sozialpolitik der entschiedenste Widerspruch erhoben wird. Dieser Widerspruch, so heißt es wörtlich in der Resolution, „richtet sich ferner gegen die Bestrebungen, durch Schaffung neuer Instanzen den Unternehmer und Arbeitgeber aus der autoritativen Stellung in seinem Betrieb zu verdrängen, ein Weg, der zum sozialistischen Arbeiterstaat führen würde. Der Zentralverband deutscher Industrieller hegt das Vertrauen zu den Verbündeten Regierungen, daß sie dem hierauf abzielenden Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegentreten werden".

Auch wir sind überzeugt, daß das Vertrauen, welches die Scharfmacher in die Reichsregierung setzen, durchaus gerechtfertigt ist. Von dieser Seite ist auf eine Förderung der Bestrebungen, welche auf eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter abzielen, nicht zu rechnen. Im Gegenteil, die Regierung hat den besten Willen, das Programm der Scharfmacher restlos zur Durchführung zu bringen und es ist nicht ihre Schuld, wenn sie nicht so kann, wie sie gern möchte. Die Arbeiter müssen ihr Recht selbst erkämpfen. Sie müssen Vertrauen zu der eigenen Kraft fassen und sich zu mächtigen Organisationen zusammenschließen, die imstande sind, ihrem Willen den nötigen Nachdruck zu geben. Je giftiger die Scharfmacher gegen uns hetzen, desto eifriger müssen wir an dem Ausbau der Gewerkschaften arbeiten.

Eingesandt.

An die Pantinenmacher!

Im „Central-Blatt", dem Arbeitgeberorgan der Pantinenmacher, hat der Kollege Bock wiederholt versucht, für die Gründung eines Pantinenmacherverbandes Stimmung zu machen. Bei den Kollegen, die dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören, wird er aber damit keinen Erfolg haben. Der Kollege Bock behauptet, daß wir im Holzarbeiterverband unsere Interessen nicht genügend vertreten können. In Wirklichkeit haben aber die Kollegen, die dem Verbande angehören, bei der Vertretung ihrer Berufsinteressen stets, soweit es möglich war, die Unterstützung des Verbandes gefunden. Es sei zugegeben, daß einzelne nicht voll befriedigt wurden, aber auch in einer Branchenorganisation läßt sich nicht jeder Wunsch erfüllen. Vor allen Dingen ist es nötig, daß jeder einzelne seine Pflicht im Verbande erfüllt, im eigenen Interesse und in dem des Verbandes. Denn damit ist unsere Lebenslage noch nicht gebessert, wenn wir uns organisieren, sondern wir müssen auch mitarbeiten, die Versammlungen rege besuchen und mitberaten an den Verbandsinteressen und uns nach Möglichkeit mehr Wissen verschaffen, um gegebenenfalls die Verhältnisse klar übersehen zu können. Und das muß die Aufgabe eines jeden einzelnen Kollegen sein. Wollen wir Rechte vom Verband, dann haben wir auch Pflichten zu erfüllen. Daß die Kollegen im Interesse des Holzarbeiterverbandes agitieren wollen, ist ja auch auf der vorjährigen Konferenz zum Ausdruck gebracht worden. Deshalb, Kollegen, rufe ich Euch zu: Agitiert nach wie vor im eigenen Interesse für den Holzarbeiterverband! Der Verbandstag wird ja Klarheit darüber schaffen, daß auch die Maschinenarbeiter in der Holzerschneiderei der Pantinenfabrikation im Holzarbeiterverband zu organisieren sind. Warum sollten wir uns denn auch vom Holzarbeiterverband lossagen? Um wenigen Berufskollegen Folge zu leisten, die überhaupt für einen Verband noch nichts übrig hatten und noch nicht für nötig gehalten haben, sich zu organisieren, weil ihnen der Beitrag zu hoch ist. Haben andere Berufe, die eine größere Mitgliederzahl haben als unser Beruf, für zweckmäßig erachtet, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen, um ihre wirtschaftliche Lage bessern zu können, dann sollte doch erst recht das Gefühl in uns wach sein, nur da sich zu organisieren, wo wir Gewißheit haben, im Lohnkampfe den genügenden Rückhalt zu haben. Und wo die Kollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft haben, wissen sie ganz genau, daß nur eine gute und starke Organisation ihnen Vorteil verschaffen kann. Ist das vielleicht ein Grund, einen Verband zu gründen, „weil die Kollegen nie geschlossen zu einer anderen Gewerkschaft übergehen"? Wie kann überhaupt von einer Geschlossenheit geredet werden? Wir hatten doch keinen eigenen Verband, wie die anderen Verbände, die sich zusammenschlossen. Auch in anderen Berufen gibt es leider viele Nichtorganisierte und die Indifferenten kommen im allgemeinen nicht in Scharen gelaufen, um sich zu organisieren. Ja, wenn dies alles so leicht wäre und sich mit einigen Worten erledigen ließe, dann würden sich die Meinungsverschiedenheiten erübrigen. Aber weil es nicht so ist, müssen wir uns mit den Tatsachen abfinden und dahin wirken und streben, daß sich die Kollegen dem Verband anschließen. Deshalb, Kollegen, tretet ein in die Agitation für den Holzarbeiterverband im Interesse jedes einzelnen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

K. Sperling-Hannover.

Zur Konferenz der Korbmacher.

Mit lebhaftem Interesse wurde von den Münchener Korbmachern die Anregung zu einer Konferenz begrüßt. Leider scheint es, als sollte es bei der bloßen Anregung bleiben, obwohl ich überzeugt bin, daß die meisten Kollegen von dem gleichen Wunsch durchdrungen sind, daß sich eine Konferenz doch einmal mit der traurigen Lage der Korbmacher befassen möge. Ich möchte deshalb die Kollegen ersuchen, sich etwas mehr zu dieser Frage zu äußern. Wenn sich die beiden Einsender in Nr. 11 und 14 der „Holzarbeiter-Zeitung" mit der Gestellarbeit beschäftigen, so ist das ein Punkt, der ernster Besprechung wert ist, wenn verhütet werden soll, daß wir in das gleiche Fahrwasser gelangen, wie bei den Kugelkörben. Ich möchte aber noch einiges zur Geschlagenen Arbeit sowie zu den Kugelkörben beifügen. Es ist mir ganz unverständlich, wie eine Familie mit 12 Mk. und noch weniger Wochenverdienst in der Lage ist, bei der immerwährenden Lebensmittelpreissteigerung sich durchzuschlagen. Die verschiedenen zurückgebliebenen Orte sind ein großer Hemmschuh bei jeder Lohnbewegung. Dort müssen wir in Zukunft ganz energisch eingreifen. In Orte, welche nicht organisiert sind, müßten agitatorisch tätige Kollegen hingeschickt werden, selbst dann, wenn solchen Kollegen ein Zuschuß eingeräumt werden müßte. Ganz energisch müssen wir gegen das Submissionswesen des Kriegsministeriums protestieren, da durch die Submission die Kugelkörbe so weit auf den Hund gekommen sind, daß man dieser Arbeit gern ausweicht und sie meistens nur noch in der Heimindustrie angefertigt werden kann. Solange der Staat von uns so horrende Steuern fordert, hat er auch die Pflicht, uns so zu bezahlen, daß wir den geforderten Tribut auch leisten können. Noch so Verschiedenes liegt mir am Herzen, wie unsere Heimarbeiter, unsere Organisation, die Zentralkommission usw. Doch darüber werden wir uns ja auf einer Konferenz unterhalten müssen.

H. Grunert, München.

Adressen der Sektionen.

Zu den in Nummer 16 der „Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Adressen sind folgende Aenderungen gemeldet:

Bürstenmacher: Hanau: Karl Scharlach, Salzstraße 82.

Drechsler: Alsfeld i. Hessen: Karl Wollrab, Hersfelder Straße 31.
Bielefeld: Albert Neumann, Bleichstraße 93.

Schirmmacher: München: Alfred Hüttemann, Ablzreiterstraße 29, I.

Stellmacher: Kiel: August Kock, Prüne 31, II.
Die für Elbing geführte Adresse ist wegen Abreise des Kollegen Bredow zu streichen.

Modelltischler: Bielefeld: Emil Kruse, Kaiserstr. 149.
Bremen: Johann Mußmann, Landwehrstraße 29.
Darmstadt: Albert Lange, Blumenstraße 7, II.
Duisburg: Wilhelm Bach, Johanniterstraße 114, II.
Hanau: Martin Förster, Groß-Auheim bei Hanau, Haimbachstraße 21.
Pegnitz: Georg Weißmann, Altstadt 25.

Maschinenarbeiter: Zwickau: Emil Scholze, Zwickau-Eckersbach, Uhlandstraße 15, II.

Parkettischler: Stuttgart: Christ. Stoß, Kanonenweg 128, I.

Anschläger: Düsseldorf: Heinrich Jakobi, Kronenstraße 57.

Klaviermacher: Dresden: Alfred Sohla, Gambrinusstraße 16.
Gotha: Ernst Herrmann, Luisenstraße 11.

Säger: Hof: Joh. Spitzbarth, Vogelherd bei Hof.
Zwickau: Emil Scholze, Zwickau-Eckersbach, Uhlandstraße 15, II.

Schuhleistenarbeiter: Eisenach: Aug. Hohenstein, Gr. Wiegard 2.

Vergolder: Amberg: Joh. Bartmann, Badgasse A. 154.

Die für Offenbach veröffentlichte Adresse für die Sektionen der Drechsler und der Stockarbeiter ist ungültig. Zuschriften für Offenbach sind an die für Frankfurt a. M. bekanntgegebene Adresse zu richten.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Im Verlage von Theodor Thomas in Leipzig erschienen:

Die Metalle, ihr Vorkommen, ihre technische Gewinnung und wirtschaftliche Bedeutung. Von Prof. K. A. Hennig-Charlottenburg. Gegen 250 Seiten. Mit Abbildungen. Preis 1 Mk.

Die Wissenschaft der Schlosser und Blecharbeiter. Was können die Metallhandwerker von der Naturwissenschaft lernen? Von Oberlehrer L. Wunder-Sendelbach. Mit zahlreichen Abbildungen. Preis 40 Pf.

Heizung und Heizungsanlagen. Von Ingenieur K. Radunz-Kiel. Mit Abbildungen. Preis 40 Pf.

Die Chemie der menschlichen Nahrungsmittel. Von Dr. Hugo Bauer, Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Stuttgart. Gegen 150 Seiten. Mit Abbildungen. Preis 60 Pf.

Die Bändchen sind der von Herrn Dr. Bastian Schmid im Auftrage der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft herausgegebenen Naturwissenschaftlich-Technischen Volksbücherei entnommen. Nach dem Grundsatz: „Für das Volk ist das Beste gerade gut genug" bietet dieses echt volkstümliche Unternehmen, von zahlreichen Gelehrten, Männern der Technik und Forschung in wissenschaftlich einwandfreier Weise aufgebaut, unserem deutschen Volke auf den verschiedenen naturwissenschaftlichen, medizinischen und technischen Gebieten eine zeitgemäße für jedermann verständliche Lektüre. Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, daß der Inhalt der Bücher die Leser zum Denken anregen und zum Selbstbeobachten und zur Selbsttätigkeit anleiten soll.

Mit Rucksack und Wanderstab. Unter diesem Titel erschien soeben eine von Jürgen Brand verfaßte Broschüre, die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben ist. Die Schrift handelt vom Jugendwandern, das gegenwärtig so recht im Schwange ist. Ihr Erscheinen dürfte besonders von den Funktionären der proletarischen Jugendbewegung begrüßt werden, deren Aufgabe es ist, kleine und große Wanderungen zu veranstalten. Die Broschüre enthält eine Fülle praktischer Winke und Ratschläge für alle die Arbeiten, die die Organisation und die Leitung einer Wanderung sowie die Ausrüstung der Wanderer erheischen. Die Broschüre kostet 20 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen und Speditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Die Arbeit der Muskeln. Von Dr. A. Lipschütz. Mit Abbildungen. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Muskeln unseres Körpers und ihr Bau. — Die Verkürzung der Muskeln. — Muskeln und Nervensystem. — Der Stoffwechsel der Muskeln. — Die Muskelmaschine. — Die Ermüdung der Muskeln. Nr. 20 der Kleinen Bibliothek, 96 S. Preis gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pf.

Versammlungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend, den 8. Juni, abends 9 Uhr, in Büchners Restaurant.

Anzeigen.

Anklam. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, zuvor bei dem Bevollmächtigten Wilh. Kunth, Greifswalderstr. 14, Erkundigung einzuholen. Umschauen ist verboten.

Aurich, Ostfriesl. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Wirt J. Lübben, Am Hafen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Germannstraße 13 und Rückerstraße 9:

Drechsler . . . . } 8—10 Uhr vormittags
Modelltischler . . . }
Stellmacher . . . }
Stockarbeiter . . . }

Maschinenarbeiter } von 10—12 Uhr vormittag
Einsetzer . . . }
Kistenmacher von 1½—3 Uhr nachmittags
Möbelpolierer . . . . { 8—10 Uhr vormittags und 2½—3½ Uhr nachmittags.

Bautischler von 1—3 Uhr nachmittags.
Tischler aller Branchen außer Bautischler von 8 bis 1 Uhr vormittags.

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Engelufer 14, parterre, Saal 4, werden vormittags von 9—12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Bilderrahmenmacher,	Korbmacher,
Bodenleger,	Kammacher,
Bürstenmacher,	Perlmutterarbeiter,
Futtermentischler,	Schirmmacher
Jalousiearbeiter,	Vergolder.
Klavierarbeiter.	

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 32, II. Umschauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Inserate ist strengstens verboten.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19. Umschauen streng verboten.

Mainz. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Heidelbergerfaßgasse 15, Hth. part. Umschauen ist verboten.

Nabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Geöffnet von 11—1 und 5—7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Stade. Die Arbeitsvermittelung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7—8 Uhr. Umschauen ist streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 22, vorn part. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

Zuffenhausen. Die zureisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor Auskunft einzuholen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dem Bevollmächtigen Chr. Schönleber, Wilhelmstr. 57 a, II. oder bei dem Kassierer Franz Kaiser, Kirchtalstr. 31, pt. Letzterer erteilt Auskunft über Arbeitsvermittlung und zahlt Reiseunterstützung. Werktags abends 6—8 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr. Das Umschauen ist unbedingt zu unterlassen.

Jakob Hartwig Tischler, geb. 15. 8. 87, sende deine Adresse wegen deiner Gewerbegerichtsklage an Fr. Puls, Essen-Ruhr, Grabenst. 67 II.

Fr. Balloff geb. 9. 3. 1863 zu Salzwedel und **Alb. Pohle** geb. 3. 7. 1855, zu Werder, beide Tischler, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen im Gewerkschaftshaus in Uelzen nachzukommen.

Junger strebsamer **Tischler** (Kleinmöbelbranche) als **Teilhaber** gesucht für kleines Unternehmen mit Wasserkraft. Erforderlich 3—5000 Mk. Unternehmen in romant. Gegend Hessens a. Werra. Angeb. unt. E. P. 302 an Exp. d. Ztg.

---

1 Schreiner findet dauernde Beschäftigung auf polierte Vertikos (nachw. lohnende Akkordarbeit) bei

Georg Holstein, Möbelschreinerei
Kindenheim bei Grünstadt, Pfalz
Stat.: Bockenheim—Kindenheim.

---

2 Möbeltischler und **2 Stuhlbauer** für bessere Arbeiten gesucht. Nur nüchterne und möglichst ältere Arbeiter wollen sich melden. Lohn 45—50 Pf. pro Stunde. 9½ stündige Arbeitszeit.

Gebr. Dreyer, Harsefeld, Hannover.

Teilhaber-Gesuch.

Tüchtigem **Schreiner** auf Koffergestelle mit etwas Barvermögen wäre Gelegenheit geboten, eine sichere Existenz zu gründen. Lediger bevorzugt. Nähere Auskunft erteilt **Herm. Rold,** mech. Schreinerei f. Reiseartikel **Stuttgart,** Augustenstr. 74.

Mehrere tüchtige **Stuhlbauer** gesucht.

J. Sommer & Co., Stuhlfabrik
Düsseldorf.

Tüchtige Möbelschreiner
Erfahrene Stuhlbauer
2 selbständige Fertigmacher
und **Beizer**
finden **dauernde hochbezahlte Beschäftigung**
bei **M. Reutlinger & Co.,**
Möbelfabrik am Westbahnhof
Karlsruhe in Baden.

---

2 Stuhlmacher, perfekte Arbeiter, nach Zeichnung (gleichweite bessere Arbeit) gesucht, auch verheiratete.

Verbandsbureau Magdeburg
Gr. Storchstraße 7.

Suche für sofort 2 tüchtige **Tischler** für bessere Schlafzimmer.

Franz Schnetter, Möbeltischlerei mit Kraftbetrieb, **Schleusingen,** Thür.

Tüchtige Möbelschreiner und Polierer auf bessere Schlafzimmer-Einrichtungen für dauernde Arbeit gesucht.

Wilhelm Vitzer & Co., Möbelfabrik
Tatlingen bei Ebingen.

Für **dauernde** Arbeit werden gesucht: Einige Spezialisten für feine Salon-Garnituren sowie einige flotte **Stuhlbauer.**

Schubert & Schramm, Möbelfabrik
Uttwil am Bodensee (Schweiz.)

Für eine **Bautischlerei** mit Dampfbetrieb in der Umgegend Bremens wird auf sofort ein tüchtiger, energischer **Werkführer,** welcher praktisch mit tätig sein muß, gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter **B. G. 301** bef. die Exped. dieser Zeitung.

Tüchtige Flügelzusammensetzer
zu sofortigem Eintritt bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht.
Mich. Lipp & Sohn, Pianofortefabriken
Kgl. Hoflieferanten, **Stuttgart.**

Für eine **Sprechmaschinen-Fabrik** in einer Großstadt Rußlands wird ein tüchtiger unverheirateter **Meistergehilfe** gesucht, der mit Holzbearbeitungsmaschinen umgehen kann, ebenso mit Polieren usw. vertraut ist. Derselbe hat einer größeren Anzahl Arbeiter mit vorzustehen und wollen sich daher nur tüchtige Kräfte melden. Die Fabrik steht unter deutscher Leitung.

Offerten mit Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter **W. R. M. 300** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein tüchtiger **Drechsler** für eine hiesige Bürstenfabrik sofort gesucht. Anfragen an

Zahlstelle Neuwied a. Rh., F. Böcker
Luisenplatz 21.

Tüchtiger **Drechsler** für Türdrückereinlagen in Horn und Holz gegen hohen Lohn und für dauernde Arbeit gesucht.

Mentze & Falkenstein, G. m. b. H.
Iserlohn i. W.

Stockdrechsler

Tüchtige, erstklassige Raspler für gebogene Naturstöcke finden lohnende und dauernde Stellung. Schriftliche Offerte an **Robert Löwy,** Stockfabrik, **Znaim,** Mähren.

Gesucht wird für sofort ein **Stellmacher.**

Franz Riedel, Stellmachermeister
Annaburg (Bez. Halle)

Feste **Kastenmacher** und Helfer auf Karosseriebau und **1 Stellmacher** stellt noch ein für dauernd **P. Schmidt**
Dessau, Leipzigerstr.

---

2 tüchtige **Bürstenmacher** (pechen, mischen und einziehen) zu dauernder Arbeit auf sofort gesucht.

Bürstenfabrik **Kirsten, Straßburg i. Els.**

Pinselmacher

auf Kluppen- und Ringpinsel gesucht.

H. Th. Höppner, Pinselfabrik, **Greiz.**

---

2 Korbmachergesellen auf Mattarbeit für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sofort gesucht.

R. Feist, Korbmachermeister
Waltersdorf, Kr. Sprottau, Schlesien.

Suche einen tüchtigen **Korbmacher** auf Geschlagenes und Rohrarbeit. Kost und Logis im Hause. Dauernde Beschäftigung.

Joh. Günther, Korbmachermeister
Nieder-Ingelheim a. Rh.

---

1 tüchtigen **Gehilfen** auf Wasch- und Reisekörbe sucht bei dauernder Beschäftigung

Wilh. Döring, Korbmachermeister
Wettin a. S., Langereihe 222.

---

3 Korbmacher auf leichte Rohrarbeit (Strandkörbe) bei höchstem Akkordlohn nach Tarif zu sofort gesucht.

Joh. Falck, Rostock (Mecl.).

Ein tüchtiger Korbmacher für geschlagene Arbeit auf sofort gesucht.

H. Meyer, Herford i. Westf.

---

4 Korbmacher

2 auf Reisekörbe, zirka 20 Pf. per Zoll, und 2 auf Peddigrohr und gekreuzte Weidenmöbel. Reisegeld bis 25 Mk. vergütet.

O. L. Svensen, Christiania, Norwegen.

Gesucht zum 1. Juni ein jüngerer **Korbmachergeselle** auf Reisekörbe bei hohem Lohn. Dauernde Arbeit.

G. Weitzel, Korbmachermeister
Minden (Westfalen).

Wer fertigt Massenartikel in **schwarzer Holzmasse** an? Off. unt. **G. K. 304** an die Expedition dieser Zeitung.

Welche **Holzbearbeitungsfabrik** übernimmt die Herstellung eines **Massenartikels** in Ebenholz? Offerten unter **T. H. 303** an die Expedition dieser Zeitung.

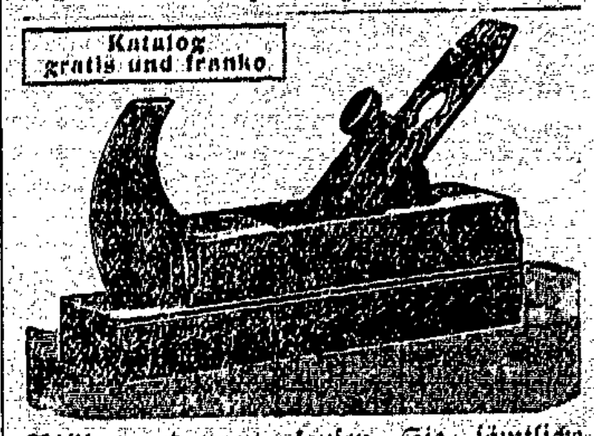
Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben.
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.

Spezialgeschäft
in Tischlereibedarfsartikeln.
Hobelbänke. Werkzeug Ia. Qualität.
Niederlage von Ulmer Werkzeugen.
Französische Parkettziehklingen.
von der Ah & Lunk
Hamburg-Uhlenhorst, Kanalstr. 36/38.

Bleistifte und Maßstäbe „Solidarität" nur mit meinem Namen echt.
Jean Bloc, Stein-Nürnberg.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 80 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 9.

Katalog gratis und franko.



Billig und **gut** kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge von dem

Spezialhaus Heinrich Genuit
Berlin O. 17, Warschauerstr. 41/43.

Lacke, Polituren, Beizen,
kauft man am besten u. billigsten in der **Lackfabrik C. Bratsch, Reinickendorf, Justusstr. 15.** Muster gratis.

Kunstgewerbliche Tischlerschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. **Direktor Reineking.**

Erste deutsche
Beiz- und Pollermeister-Schule
Cöthen 3 in Anhalt.
Leistungsfähigste Lehranstalt allererst. Ranges.
Theoret. u. praktische Ausbildung auf Grund der Chemie. Dauer 4 Wochen, Vorbildg. nicht nötig, überraschende Erfolge, bevorzugte, gutbezahlte Stellungen. Eintritt jeden Tag möglich.
Sonderkurse f. Betriebsbeamte, Möbel- u. Raumkünstler in 3—12 Monaten.
(Auch gesetzliche Meisterprüfung).
Prospekt und Auskunft kostenlos durch
Direktor G. Streich.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Erstkl. techn. u. kunstgewerbl. Lehranstalt m. Handelskursen. | **Nürnberg.**
Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Im 8. Schuljahre erhielten 69 Schüler Stellung. | Progr. und ill. Brosch. umsonst.

SEIT 20 JAHREN
steht die
Fachschule Detmold
an der Spitze der Tischlerfachschulen
Auskunft frei.
DIREKTOR KOLSCHER

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- u. Korrespondenz-Unterricht, Berlin W 50, Kulmbacher Str. 4. — Gediegene theoret. Ausbildung für Bau- und Möbeltischler: Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw. sowie Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Erfolge und Anerkennungen. — Honorar mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.

Ausführlich. Programm gratis.

Deutsches Museum
München.
Die Entwicklung der Naturwissenschaft und Technik von ihren Anfängen bis zum heutigen Stande dargestellt :: durch Originale, Modelle, Bild und Demonstration ::

Abteilung I: Maximilianstr. 26.
Astronomie, Physik, Chemie, Berg- und Hüttenwesen, Maschinenbau, Landtransportmittel, Wasserbau, Schiffbau, Landwirtschaft und Technologie.

Abteilung II: Zweibrückenstr. 12.
Wohnungsbau, Heizung, Beleuchtung, Straßen-, Brücken- und Tunnelbau, Gastechnik, Luftschiffahrt, Musikinstrumente.

Besuchszeiten: Werktags von 9—7 Uhr; Sonn- u. Feiertags von 9—6 Uhr. Dienstag u. Freitag geschlossen. — Eintritt 20 Pf. — Garderobe frei. —

Führungen durch die Sammlungen, welche täglich abends 8½ Uhr mit Ausnahme von Samstag und Sonntag stattfinden, bieten eingehende Erläuterungen der einzelnen Unterabteilungen. — Bibliothek und Lesesaal jedem Besucher zugänglich.

Mitgliedsbeitrag 6 Mk.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, **Hamburg 23**

Unübertroffen und darum von so grosser **Werbekraft** sind mein wasserechtes **Peha-Matt,** meine nach eigenem Verfahren hergestellten und **gereinigten Schellackpolituren** und meine hochmodern. **Holzbeizen,** die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambranitbeizen usw.) Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. Es ist **durch Reichspatente gesetzlich geschützt!**

Man **erspart: Material, Zeit, Arbeit!**

Ich versende **zum Versuch** ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt	1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt	1 „ „ Marmor-Mono (mahag.)
1 „ Patentpolitur zum Reinpolieren	1 „ Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellnuss)
1 „ allerf. Politur-Glanzlack (blond)	1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 „ Kristall-Lack (blond)	
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)	1 St. Kork-Schleifklotz (120×75×30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskollo zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Mein **Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes** (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in **II. revidierter und illustrierter Auflage** erschienen. Dies allseitig **glänzend beurteilte** Werk kostet im Buchhandel 1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet. **Mein neues Preisverzeichnis** wird jedem auf Wunsch gern umsonst zugesandt.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! **Abonnement 3 Mk. das Jahr.**

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von **Paul Horn.** In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie **postfrei für 1 Mk. versandt.**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.